

## 15 Jahre Hartz IV

Katja Kipping kommentiert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, zieht eine kritische Bilanz und fordert eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut. 6

## Klimapolitik

Im Interview spricht Lorenz Gösta Beutin über den notwendigen Druck der Bewegung, die Rolle der Grünen und Herausforderungen für DIE LINKE. 12

## 30 Jahre 1989

Der außerordentliche Parteitag der SED markiert eine Zäsur. Welche Erkenntnis wird heute mit diesem Ereignis verbunden und was kann DIE LINKE davon lernen? 14



**2004**

gingen Woche für Woche bis zu 100.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Einführung von Hartz IV zu demonstrieren.

## INHALT



**V**or 15 Jahren wurde Hartz IV eingeführt. »Armut per Gesetz« lautete der Slogan, mit dem wir gegen diesen Abriss des Sozialstaats protestierten. Mit »Armut per Gesetz« ist auch der Rückblick auf die Auswirkungen der »Agenda 2010« von Katja Kipping (Seite 6) betitelt. Etwas Rückenwind für unseren Kampf gegen Hartz IV gab vor wenigen Wo-

chen das Bundesverfassungsgericht, indem es urteilte: »Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften und sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu.« Ein Urteil, das zu politischem Handeln auffordert. Die Bundestagsfraktionen von LINKEN und Grünen haben daher einen Antrag zur Sanktionsfreiheit eingebracht. Ein Anfang. Ein Ende, dem ein Anfang innewohnt, war der außerordentliche SED-Parteitag im Dezember 1989. Als Selbstverpflichtung wurde unmissverständlich beschlossen: »Der Bruch mit dem Stalinismus als System ist Alltagsaufgabe.« In einem persönlichen Rückblick stellt Tanju Tügel fest: »Mit ihm wurde ein entscheidender Schritt für eine gesamtdeutsche linke Partei getan.« Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dem Partei-

tag, der den Übergang von SED zu unserer Quellpartei PDS markierte, auch heute noch von Bedeutung (Seite 15 und herbst89.die-linke.de). 2019 war das Jahr der »Fridays-for-future«-Bewegung. Lorenz Gösta Beutin spricht im Interview über den notwendigen Druck der Bewegung, das Versagen der Grünen und LINKE Klimapolitik (Seite 12).

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

## DISPUT 12/2019

VOR-GELESEN VON  
THOMAS LOHMEIER

### GUTE ARBEIT

Einfach mal Danke sagen **4**

### 15 JAHRE HARTZ IV

Katja Kipping zieht eine kritische Bilanz **6**

### WAHLKAMPF

Haustürwahlkämpfer\*innen im Interview **8**

### DEBATTE

Die Krise der CDU und Risse im konservativen Lager **10**

### KLIMAGERECHTIGKEIT

Lorenz Gösta Beutin im Interview über LINKE Klimapolitik **12**

### 30 JAHRE 1989

Der außerordentliche Parteitag der SED aus heutiger Sicht **14**

### LINKS\*KANAX

Pazharez Heidari und Belma Bekos



JEDEN MONAT  
AUS DEM HAUS **5**  
PRESSEDIENST **24**  
DAS KLEINE BLABLA **25**  
FEUILLETON **27**  
NEU IM KINO **29**  
KULTUR **30**  
DEZEMBERKOLUMNE **31**

sprechen über das neu gegründete Netzwerk **16**

### KOMMUNALPOLITIK

Erfolgreiches Treffen in Nürnberg **18**

### REICHTUM

Die Gründer von Lidl und Aldi gehören zu den reichsten Deutschen – den Preis dafür bezahlen andere **19**

### INTERNATIONAL

Der Konflikt in der Straße von Hormus eskaliert **20**

### INTERNATIONAL

In Rojava spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab **22**

Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**IMPRESSUM** DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **REDAKTION** Nina Rink, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009346, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Herbell, Berlin **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 12:** 22.11.2019. DISPUT 1/2020 erscheint am 24. Dezember 2019.

# Gabi, wie hast du dich politisiert?



Foto: privat

Ein Besuch bei Regimekritiker Robert Havemann 1979 in Grünheide war für mich zentral; danach war ich in der DDR-Opposition in Umwelt- und Friedensgruppen aktiv. Ich wollte einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, einen Sozialismus von unten, der den Namen auch verdient. **Wo hast du dich engagiert?** In der Friedensbewegung gegen die Stationierung von amerikanischen und russischen Atomwaffen, für demokratische Reformen, aber auch gegen Rassismus. Als »Linke Initiative« organisierten wir im Juli 1989 eine Veranstaltung gegen das Massaker auf dem Tienanmen-Platz – Egon Krenz hatte zuvor die Niederschlagung des Studentenaufstands begrüßt. In der Wendezeit war ich aktiv in der Vereinigten Linken und kam 2007 über die WASG zur Partei DIE LINKE. Nach sechsjähriger Auszeit bin ich im September wieder eingetreten, weil ich mithelfen will, die AfD mit ihren immer stärker werdenden faschistischen Kräften zu stoppen. **Was verbindest du mit 1989?** 1989 haben wir gesehen, welche Kraft die Menschen entwickeln können, wenn sie ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen. Diese Erfahrung hat mich geprägt. Wir müssen aber auch aus den Fehlern der Geschichte lernen. Als klar war, dass die Wiedervereinigung kommt, wäre es an den Linken in Ost und West gewesen, für eine Wiedervereinigung von unten zu kämpfen und sich nicht angewidert von den sozialen Forderungen der Arbeiter\*innen abzuwenden. Ein Umtauschkurs von 1:1, der nicht die Ersparnisse der Menschen angriff, war damals meine Forderung. Die Selbstermächtigung und Revolutionserfahrung ist Teil unserer ostdeutschen Identität, die wir selbstbewusst im Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krisen, für eine offene Gesellschaft ohne neue Mauern einbringen können. Das lassen wir uns nicht von Höcke, Gauland, Kalbitz oder Urban nehmen.

Gabi Engelhardt lebt und arbeitet in Chemnitz und ist aktiv bei »Aufstehen gegen Rassismus«

**DISPUT** fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.



»Einfach mal Danke sagen!«  
Seite ausschneiden und zusammen  
mit einer Tafel Schokolade dem  
Postboten überreichen.

In Logistik, Wachschatz, Versand, Verkauf: Die Arbeitswelt muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Normal muss sein: Arbeit, die zum Leben passt. Mit Löhnen, die für ein gutes Leben reichen!

**Mindestlohn rauf auf 13 Euro!**

Nur ein Stundenlohn von 13 Euro schützt Beschäftigte in Vollzeit vor Altersarmut. Von einem höheren Mindestlohn profitieren alle Beschäftigten: Er drückt die Löhne insgesamt nach oben, so dass auch die Tarif-Löhne steigen.

**Tariffucht stoppen!**

Damit die Löhne für alle steigen, braucht es überall Tarifverträge. Mit Kündigungsschutz, Sonderzahlungen und ordentlichen Überstundenzuschlägen. Auf Antrag der

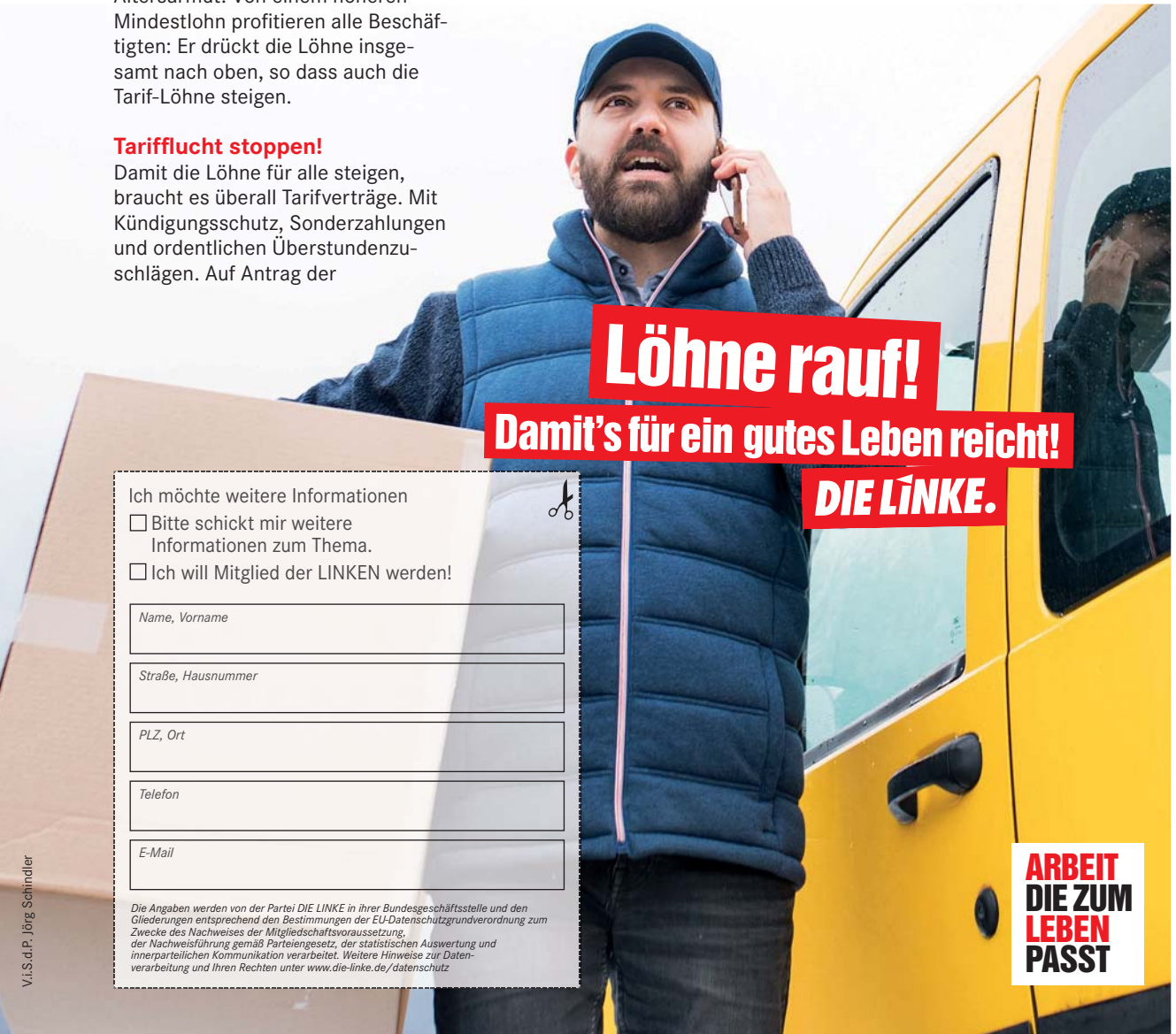
Gewerkschaft muss ein Tarifvertrag für die ganze Branche gelten, also allgemeinverbindlich sein. Damit alle gleich gut geschützt sind.

**Gemeinsam Druck machen!**

Diese Ziele können wir erreichen, wenn sich viele Menschen zusammentun und gemeinsam aktiv werden. Der gesetzliche Mindestlohn

wurde nur eingeführt, weil Gewerkschaften und DIE LINKE jahrelang dafür gekämpft haben. Im Jahr 2020 berät die Bundesregierung, wie hoch der Mindestlohn in Zukunft sein soll. Lasst uns gemeinsam Druck machen, damit der Mindestlohn auf 13 Euro erhöht wird! Werde mit uns aktiv!

[www.arbeitdiezumlebenpasst.de](http://www.arbeitdiezumlebenpasst.de)



**Löhne rauf!**

**Damit's für ein gutes Leben reicht!**

**DIE LINKE.**

**ARBEIT  
DIE ZUM  
LEBEN  
PASST**

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030/24009-999, [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [www.arbeitdiezumlebenpasst.de](http://www.arbeitdiezumlebenpasst.de)

**D**ie Zukunft entscheidet sich heute. Dieser Satz ist besonders wahr, wenn große Weichenstellungen anstehen. Davon gibt es im Moment so einige.

Nach dem Wahlerfolg in Thüringen wollen wir dort den landespolitischen Kurs klarer sozial-ökologischer Reformpolitik weitergehen: Weitere Schritte zu beitragsfreien Kindergärten etwa.

Währenddessen zerfleischt sich die CDU über der Frage, ob sie sich nach rechts oder links orientieren will. Die Zerrissenheit der CDU markiert das herausziehende Ende der Großen Koalition. Wir kämpfen für ein Ende dieser Regierung. Aber auch wir müssen dazu unsere strategischen Hausaufgaben machen.

Unsere Strategiediskussion, deren Höhepunkt eine Parteikonferenz am 29. Februar und 1. März 2020 in Kassel sein wird, kommt in Fahrt. Jede Woche werden neue spannende Papiere aus der Mitgliedschaft eingereicht und auf der Webseite [strategiedebatte.die-linke.de](http://strategiedebatte.die-linke.de) veröffentlicht. Wir brauchen diese verschiedenen Vorschläge, wie DIE LINKE weiterentwickelt werden soll und wie wir eine sozial-ökologische Wende durchsetzen können.

Die Große Koalition hingegen hat erst ein wirkungsloses und sozial ungerechtes Klimapaket und dann eine verheerende Halbzeitbilanz vorgelegt – wobei sie sich selbstredend für beides enthusiastisch feiert. Kriegsmministerin AKK setzt noch einen drauf und kündigt weltweite Wirtschaftskriege unter deutscher Führung an. Beeindruckend still ist die Bundesregierung dagegen, wenn es um die sozialen Bedürfnisse geht: So erklärte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe große Teile der Hartz-IV-Sanktionspraxis für verfassungswidrig. Das Urteil ist wegweisend und ein wichtiger Zwischenerfolg. Es erzwingt zwar noch nicht die sanktionsfreie Mindestsicherung, für die wir



JÖRG SCHINDLER

**Auf in  
die Zukunft**

LINKEN streiten. Aber es ist doch ein Meilenstein. Das ist auch unser Erfolg: DIE LINKE hat stets gegen alle Widerstände die menschenunwürdige Sanktionspraxis bekämpft. Nicht zuletzt war Jens Petermann, Richter am Sozialgericht Gotha und ehemaliger Bundestagsabgeordneter unserer Partei, derjenige, der die Richtervorlage an das Bundesverfassungsgericht schrieb. Hieran sieht man: Druck auf allen Ebenen, aus der Gesellschaft wie aus der Politik, ist gleichermaßen wichtig.

Last but not least: Unsere Fraktion im Bundestag hat einen neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Dietmar Bartsch wurde mit 64 Prozent der Stimmen als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Auf unser bekanntestes Gesicht, Sahra Wagenknecht, folgt mit Amira Mohamed Ali (52 Prozent) ein neues, junges Gesicht als Vorsitzende. Ich sage: Danke, Sahra! Und ich gratuliere sehr herzlich Dietmar und Amira! Angesichts dieser knappen Wahlergebnisse – nur einer der zehn Gewählten knackte die 70-Prozent-Marke, teilweise wurden Kandidierende für Arbeitskreise oder

als Stellvertreter\*innen der Fraktion erst im zweiten Wahlgang oder gar nicht gewählt – wird aus meiner Sicht allerdings erneut deutlich: Wir benötigen in der Bundestagsfraktion eine neue Kultur der Gemeinsamkeit. Ausdrücklich stimme ich darin auch Amira zu, die dies in ihrer Bewerbungsrede vor der Fraktion deutlich gemacht hat. Dass es in einer pluralen LINKEN unterschiedliche Auffassungen zu politischen Fragen gibt, ist dabei kein Hindernis, sondern bietet sogar eine Chance. Ich fordere deshalb die Mitglieder unserer Fraktion auf, den konstruktiven, produktiven und solidarischen Umgang zu verstärken. Eine starke, aktive und solidarische LINKE ist vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisdichte tatsächlich dringend notwendig. Es liegt an der LINKEN, die Möglichkeit eines zukunftsfähigen Sozialsystems mit garantiertem Schutz für Armut zu vertreten. Es liegt an der Linken, eine wirksame und sozial gerechte Antwort auf die Schicksalsfrage Klimawandel zu formulieren. Es liegt an der Linken, weiter für Deutschland als Friedensmacht statt als Kriegstreiber einzutreten. Es liegt an der Linken, unnachgiebig Druck zu machen, damit den zahlreichen Ankündigungen im Kampf gegen Rechts auch Taten folgen. Das ist ein Auftrag für die ganze Partei mit allen ihren Gliederungen. Bleiben wir dran – bleiben wir in Bewegung.

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



# »Armut per Gesetz«

Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut – Eine kritische Bilanz

VON KATJA KIPPING

**A**m 1. Januar 2020 sind die Hartz-IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Unsere Partei hat Hartz IV seit seiner Erfindung kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Heute wissen wir, dass wir leider recht hatten und können das mit offiziellen Zahlen untermauern.

Die Armutslücke ist seit 2007 gestiegen. Sie beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze. Darüber hinaus ist Hartz IV eine repressive Transferleistung. Scham, Unwissenheit, Angst vor Sanktionen und Bedarfsschnüffelei führen dazu, dass bis zu 56 Prozent der Berechtigten die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Dies wird auch verdeckte Armut genannt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt dazu klipp und klar: Hartz IV ist äußerst ineffektiv und ungeeignet, seine verfassungsrechtliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich ein Existenz- und Teilhabeminimum zu sichern.

## Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht. Natürlich kann nur recht bekommen, wer auch mit Widerspruch oder Klage für sein Recht eintritt. Das können nicht alle. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben. Das zeigt, Hartz IV bedeutet Rechtsunsicherheit.

Übrigens haben alle bisherigen Sozialminister die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Sanktionsbetroffenheit in die Irre geführt. Jahre-

lang hieß es, nur rund drei Prozent seien betroffen. Dieser Wert bezieht sich auf einen Stichtag. Auf das gesamte Jahr bezogen ist die Zahl erheblich höher. Der Unterschied zwischen Stichtag und jährlicher Sanktionsverlaufsquote ist einfach erklärt: Wenn wir ermitteln, wie viele Menschen an einem Stichtag an Grippe erkrankt sind, kommt man in der Regel auf eine deutlich niedrigere Zahl, als wenn man schaut, wer im Laufe eines Jahres mindestens einmal an Grippe erkrankte. Wir meinen: Die Jahresverlaufszahl zeichnet ein realistischeres Bild.

Bis 2019 gab die Bundesagentur für Arbeit jedoch nur die Prozentsätze an einem Stichtag an. Erst die Intervention der LINKEN führte zu mehr Transparenz. Nun ist es offiziell: Rund neun Prozent der Erwerbsfähigen, die im Verlauf eines Jahres von Hartz IV leben mussten, erhielten eine Sanktion. Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt noch einmal: Es gibt ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Um das Gericht zu zitieren: »Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften und sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu.«

Und deshalb sind Sanktionen, die um mehr als 30 Prozent gekürzt werden, unvereinbar mit der Menschenwürde. Das Bundesverfassungsgericht hat einen Riegel vor die bisherige Praxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letz-

ten Jahren immer mehr gewachsen. Auch die jüngste gemeinsame Erklärung von Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftler\*innen und Politiker\*innen anlässlich des Urteils zeigt: Der Kampf gegen die Sanktionen wird breiter und geht weiter.

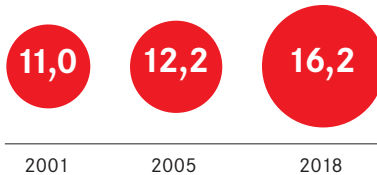
## Abwertung von Erwerbslosen

Nicht genug, dass die Regierung den Menschen Armut, Repressionen und Rechtsunsicherheit zumutet. Nein, sie bedient auch noch negative Klischees, wie das des faulen Arbeitslosen. Vor rund sechs Monaten sagte beispielsweise ein CDU-Redner während einer Hartz-IV-Debatte im Bundestag: Hier werden »diejenigen, die fleißig sind und wenig Geld haben, von denen noch ausgebeutet, die anstrengungslos von der Umverteilung leben«. So diffamiert die Union Hartz-IV-Betroffene.

Tatsache ist: Nur jeder Vierte in Hartz IV ist im engen Sinne arbeitslos. Die anderen stecken in Maßnahmen, Weiterbildung oder müssen aufstocken, beziehungsweise sind Kinder. Wer so wie der CDU-Redner gegen Hartz-IV-Beziehende hetzt, heizt bewusst die Stimmung gegen Langzeiterwerbslose an: Studien bestätigen, dass neben Asylsuchenden Langzeiterwerbslose die Gruppe sind, die immer stärker abgewertet werden. Zur Armut kommt also auch das Gefühl, stigmatisiert zu werden. Verantwortungsbewusste Politiker\*innen müssen dem entgegentreten, anstatt es noch zu befeuern.

Wenn wir als LINKE im Bundestag für höhere Hartz-IV-Regelsätze streiten, heißt es aus der Regierung oft: Arbeit statt Almosen. Nun wollen wir natürlich, dass Menschen bei der Suche nach Erwerbsarbeit besser unterstützt werden. Tatsache ist aber: Die Regierung stellt für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe

Anteil der Einkommensarmen  
an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)



zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung pro Kopf zur Verfügung steht. Warum ist der Bundesregierung die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen so wenig wert?

Kein Wunder, wenn dann jede zweite Arbeitsaufnahme nicht aus Hartz IV herausführt. Soll heißen, trotz eines Jobs müssen die Betroffenen weiter aufstocken, da der Lohn nicht zum Leben reicht. Und mehr als jede dritte Arbeitsaufnahme dauert kürzer als sechs Monate. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen den Eindruck erwecken, niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen.

Natürlich, die Beschäftigten, wie

Verkäuferinnen, Pflegekräfte, Busfahrer – sie alle verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ihre Kämpfe um höhere Löhne. Zu fragen ist jedoch: Was hat zum Beispiel die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen schlecht geht?

15 Jahre Hartz IV ist für uns auch ein Anlass, nach vorne zu schauen: Es ist höchste Zeit, mit dem Hartz-IV-System zu brechen und es zu überwinden. Durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Freiheit von Ar-

mut für alle ist möglich! Viele, auch ich, streiten darüber hinaus für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

## Praktische Solidarität

Mehr als 15 Jahre Hartz IV sind auch Jahre voll Kampf – geführt von Betroffenen, Sozialverbänden, Gewerkschaften. An dieser Stelle möchte ich einmal Danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen und Betroffenen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen! Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut. ◀

Anzeige

## Kritischer Blick, klare Worte, linke Perspektive

Lernen Sie uns kennen:  
**nd.DieWoche + nd.kompakt**

**10**  
Ausgaben  
für 10 Euro

— 10 Samstage gedruckt frei Haus  
— plus das Beste vom Tag online  
lesen mit nd.kompakt

Jetzt gleich bestellen!



Telefon  
(030) 2978-1800



www  
dasND.de/ZehnfuerZehn



# Wenn DIE LINKE klingelt

Was passiert, wenn DIE LINKE bei wildfremden Menschen vor der Haustür steht?

**BARBARA HERZIG-MARTENS** und **SÖREN WEBER** sprechen im Interview über ihre Erfahrungen



Das gute Ergebnis in Thüringen ist auch einem engagierten Wahlkampf vieler Genoss\*innen vor Ort zu verdanken. Besonders wirksam: der direkte Kontakt. An der Haustür zu klingeln hat sich als effektive Möglichkeit erwiesen, mit den Bürger\*innen ins Gespräch zu kommen, mehr über ihre konkrete Lebenssituation zu erfahren und nicht zuletzt davon zu überzeugen, ihr Kreuz bei der LINKEN zu machen. Aus fünf Bundesländern haben sich am 4. Oktober 2019 22 Genoss\*innen nach Erfurt aufgemacht, um zwei Tage lang die Thüringer LINKE zu unterstützen. Gemeinsam haben sie im Wahlkreis von Susanne Hennig-Wellsow an knapp 1.200 Haustüren geklingelt und über 500 Gespräche mit interessierten Anwohner\*innen geführt. Zum Vergleich: 2014 haben in diesem Wahlkreis 226 Stimmen den Unterschied zwischen Gewinnen und Verlieren ausgemacht. Barbara aus Berlin und Sören aus Baden-Württemberg waren dabei und haben erlebt, dass Solidarität und Hoffnung ansteckend wirken: Auf Genoss\*innen und Nachbar\*innen gleichermaßen.

## Was hat euch motiviert, mitzumachen?

**Barbara:** Besonders die Ergebnisse in Sachsen und Brandenburg, die mich sehr erschreckt haben. Ich hatte das Gefühl, etwas tun zu müssen.

**Sören:** Für mich hat das auch gezeigt: Wir müssen da aktiver werden!

**Barbara:** Ja, und ich bin absolut begeistert von diesem Format. Es ist sehr fordernd, aber es macht auch

sehr viel Spaß. Und ehrlich gesagt, dieser unmittelbare Kontakt zu den Wähler\*innen ist nicht so häufig.

## Was war für euch das Besondere, bei den Leuten Zuhause zu klingeln?

**Barbara:** Dieser Moment, wenn die Tür aufgeht und man versucht, den Kontakt herzustellen. Sich jedes Mal wieder neu einzulassen auf die Menschen. Manche sind schwerhörig, andere misstrauisch, andere hingegen total offen. Das ist total irre. Aber es ist auch wirklich aufregend!

**Sören:** Am Anfang dachte ich, das ist ein Witz – dass wir da klingeln und mit den Leuten reden. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass das funktioniert. Und schon nach dem zweiten Gespräch hab ich gemerkt: Die Leute feiern das richtig, dass wir von der Partei DIE LINKE sind! Das ist ganz anders als bei uns.

## AB AN DIE HAUSTÜR

### Drei Gründe

- Schafft Vertrauen zwischen euren Nachbar\*innen und euch
- Gibt Einblick in Wünsche und Probleme im Wahlkreis
- Haustürwahlkampf ist überprüfbar, charmant und erfolgreich

### Drei Grundlagen

- Systematische Vor- und Nachbereitung
- 70 % Zuhören: Ehrliches Interesse an euren Nachbar\*innen
- 30 % Reden: Klare Botschaften, keine Diskussionen, Verabredungen treffen

### Unterstützung

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt euch gerne bei der Vorbereitung eures Haustürwahlkampfes. Ihr erreicht uns unter 030 24009-356/-341 und [haustuergespraeche@die-linke.de](mailto:haustuergespraeche@die-linke.de)

**Barbara:** An den Haustüren trifft man auf das »normale Leben«. Ich sehe viele Menschen positiver, sehe, dass sie ein politisches Bewusstsein haben, interessiert sind und sich für Gerechtigkeit engagieren wollen. Da hat sich bei mir im Kopf auch was geändert.

## Wie ging es los?

**Barbara:** Jedes Paar hat einen Plan gekriegt, in welche Blocks wir gehen sollten. Wir hatten rote Taschen und Auswertungsbögen dabei.

**Sören:** Bereits in dem Moment, in dem wir losgelaufen sind, hatte ich das Gefühl, das bringt was: Die Leute haben uns wahrgenommen, begrüßt und gemerkt, hier ist was los! Wir wurden fast gefeiert, dass wir da sind.

## Was waren die Themen, die die Menschen am Berliner Platz bewegt haben?

**Barbara:** Da wohnen viele ältere Menschen, aber auch alleinerziehende Mütter. Eine hat zum Beispiel erzählt, wie schwierig die Situation gerade ist: Dass sie keinen Kindergartenplatz kriegt und viel Unterricht ausfällt. Das machte deutlich, wie schwierig die soziale Lage dort ist. Dieses Plattenbauviertel ist wirklich sozialer Brennpunkt, wenn man das so sagen kann. Eine Frau erzählte von ihrer Schwiegermutter, die auch in einer »KoWo«-Wohnung wohnt und große Angst hat, ihre Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gleichzeitig haben wir Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt: »KoWo bleibt!«, gegen die geplante Veräußerung der Kommunalen Wohnungsgesellschaft an die Stadtwerke.

## Was ist bei den Bürger\*innen besonders gut angekommen?

**Sören:** Die Unterschriften zu sammeln war super, weil man bei Mieter\*innen klingelt, die direkt betroffen sind – das hat sofort eine Brücke geschaffen und gezeigt: Es geht nicht nur um Parteiinteressen und darum Wähler\*innen zu gewinnen



nen, sondern wir setzen uns für alle Bürger\*innen ein. Was den Menschen an der Haustür denke ich besonders gefallen hat, ist, dass sie sich direkt beteiligen konnten.

*Barbara:* Wir haben dann das Wahlkampfprogramm verteilt und hatten auch noch gezielte Einladungen an die Leute: Ein paar Tage später ein Spaziergang mit der Landtagsabgeordneten, um die Zukunft des Viertels zu besprechen und ein Brunch mit der Sozialministerin. Diese Angebote kamen wirklich sehr gut an! Gerade bei Leuten, die nicht sofort unterschreiben sondern sich erst weitere Informationen einholen wollten.

*Sören:* DIE LINKE hat damit gewor-



### Wie wurdet ihr wahrgenommen?

*Barbara:* Bei den Haustürgesprächen ist es ein unmittelbarer Kontakt, auf Augenhöhe. Wir sind Basis-Mitglieder und haben die Weisheit auch nicht mit Löffeln gefressen. Das wirkt sympathisch und nahbar. Und es geht gar nicht darum, die perfekte Rede vorzutragen, sondern vor allem darum, zuzuhören.

*Sören:* Wir waren greifbar. Nicht irgendwie abgehoben auf einem Plakat, sondern man konnte uns Fragen stellen und wir hatten Angebote, bei denen jede\*r mitmachen kann.

### Haustürwahlkampf wirkt also?

*Sören:* Auch wenn Leute nicht links wählen, sind sie trotzdem nicht abgeneigt. Und wenn man Bodo Ramelow erwähnt hat, hat man das Gespräch sofort gewonnen.

*Barbara:* Ja, das hat gewirkt. Es waren schon viele, die auch für DIE LINKE und für Bodo Ramelow stimmen wollten. Es kann manchmal wirklich wahlentscheidend sein – der entscheidende Impuls, DIE LINKE zu wählen.

### Hattet ihr auch negative Erfahrungen?

*Barbara:* Ja, aber das hält sich in Grenzen. Im schlimmsten Fall schmeißen die Leute die Tür zu.

### Wie war die Organisation vor Ort?

*Sören:* Großes Dankeschön an die Orga, das war top. Es wurde sich toll um uns gekümmert, wir hatten Essen, Zugtickets, einen Schlafplatz – traumhaft!

*Barbara:* Ja, Kompliment! Das hat wirklich gut geklappt. Wir waren dann abends noch im Wahlkreisbüro, es wurde Pizza bestellt, es gab Bier und Wein. Es war wirklich eine schöne Stimmung untereinander, da sind auch viele Kontakte entstanden. Man lernt durch die Teams interessante Leute kennen – zwischen-

durch hat man ja immer auch Zeit zu quatschen.

### Das heißt, die Vernetzung spielt auch eine Rolle?

*Barbara:* Man lernt Genoss\*innen aus anderen Bundesländern mit anderen Geschichten kennen. Ich fand total interessant, nochmal andere Gesichter zu sehen, andere Strukturen kennenzulernen – das kann ich nur empfehlen!

*Sören:* Auf jeden Fall ist es total notwendig, dass wir auch aus unterschiedlichen Regionen den Wahlkampf woanders unterstützen!

### Was nehmt ihr aus Thüringen mit?

*Sören:* Zu sehen, dass man als LINKE erfolgreich sein kann, war schon etwas Besonderes. Das ist ein Motivationschub, den man mit nach Hause nehmen kann!

*Barbara:* Es ist toll, es ist abenteuerlich und spannend und es bringt viel!

### Was würdet ihr Genoss\*innen raten, die noch nie dabei waren?

*Sören:* Mutig sein, ausprobieren, Neues kennenlernen, Ideen umsetzen und vor allem nicht darüber meckern, dass andere in der Partei nichts machen, sondern selbst aktiv werden!

*Barbara:* Man sollte ein bisschen abenteuerlustig sein! Das ist auch Abwechslung und Aufregung im Alltag.



Fotos: DIE LINKE Thüringen

ben: Vor Ort zu sein, auch nach der Wahl. Und das haben wir bewiesen! Wir waren an jeder Haustür und die Menschen konnten mit uns reden. Und das war für die Menschen wichtig, denke ich.

### Das heißt, die Reaktionen waren positiv?

*Barbara:* Man hat gemerkt, wenn dieser persönliche Bezug da ist, dann haben die Menschen auch Vertrauen in DIE LINKE und sind interessiert.

*Sören:* Die haben gelächelt, sich bedankt, die Flyer genommen und auch Nachfragen gestellt. Das zeigt, sobald man auf die Menschen zugeht und ihnen zuhört und Zeit gibt, dass sie darauf einsteigen.

Interview: Nina Rink



# Risse im konservativen Lager

Die CDU steckt in der Krise – wie das konservative Lager **VON NICOLE GOHLKE**

Die Krise der CDU geht tiefer, als ihr schlechtes Abschneiden bei einigen der jüngsten Wahlen vermuten lässt. Sie wird programmatisch und strategisch von Konflikten zermürbt, die das gesamte konservative Lager umtreiben, und das nicht nur in Deutschland. Traditionelle christliche Milieus, wie sie es früher gab und die eine solide, konservative Basis bildeten, schrumpfen massiv. Pro Wahlperiode sterben der CDU/CSU mehr als eine Million ihrer Wählerinnen und Wähler weg. Unter den 18- bis 29-Jährigen wählen nur noch 13 Prozent die Unionsparteien. Sowohl die Klimakatastrophe als auch die wachsende soziale Unsicherheit, die längst auch die gut qualifizierte Mittelschicht betrifft, werden diese Entwicklung wahrschein-

lich eher verschärfen.

Die CDU, die die Bundesrepublik so lange regiert hat wie keine andere Partei, will ihren Markenkern bewahren: Dass sie die Stimme des Konservatismus in Deutschland ist. So betonten bei der Wahl zur CDU-Spitze Ende 2018 alle drei Kandidat\*innen, dass sie der CDU wieder eine konservativere Note geben wollen. Am deutlichsten formulierte das Friedrich Merz, der selbstbewusst das Ziel ausgab, die AfD »halbieren« zu wollen, und zwar durch konservative Politik. Nur ist heutzutage die Frage, was konservativ ist, nicht mehr so leicht zu beantworten. Die CDU als politisches Sprachrohr der deutschen Unternehmerverbände tut sich schwerer als andere, den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, Globalisierung, Kli-

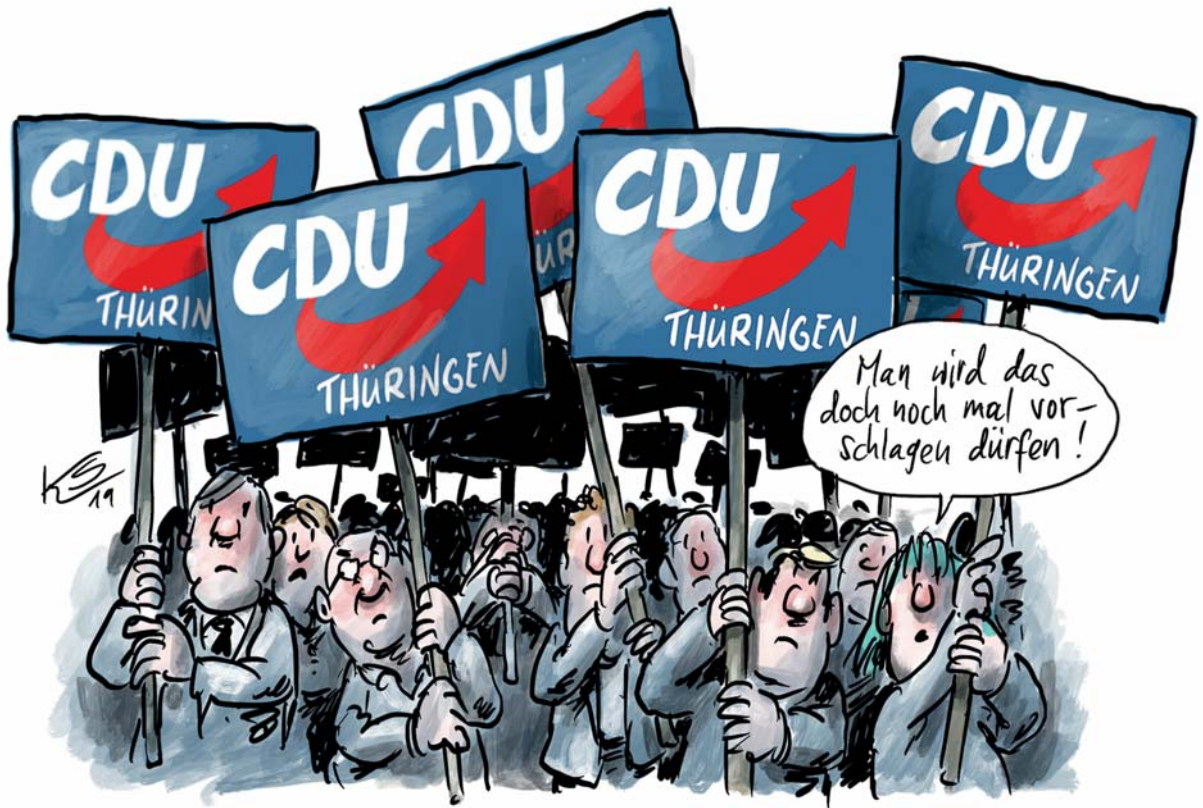
mawandel, Digitalisierung und die Zunahme internationaler Konflikte nötig machen, zu gestalten.

Konservative Positionen von früher ziehen heute nur noch eine Minderheit an, und seit der Gründung der AfD sammeln sich offen rückwärts-gewandte und chauvinistische Milieus um diese Partei. Führende Gesichter der CDU wie Jens Spahn vertreten zwar eine sozialpolitisch harte Linie, schüren den Rassismus und arbeiten den Konzernen in die Hände. Aber selbst an einer Person wie Spahn zeigt sich, welche Veränderungen in der CDU mittlerweile als normal akzeptiert werden. Spahn ist ein homosexuell verheirateter Mann in einer Partei, die 1994 noch für den üblen Paragraphen 175 stimmte, der »sexuelle Handlungen zwischen Personen



Foto: istockphoto.com





Karikatur: Klaus Stuttmann

## GEDANKENSTRICH

männlichen Geschlechts« kriminalisierte. Auch die Weigerung so vieler CDU-Abgeordneter im Bundestag – darunter Volker Kauder, Horst Seehofer und Friedrich Merz – von 1997, Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen, wäre heute kaum noch denkbar. Angela Merkel schaffte die Wehrpflicht ab, führte die »Ehe für alle« ein, beschloss den Atomausstieg und schloss 2015 die Grenzen nicht, als tausende Geflüchtete Schutz in Deutschland suchten. Das alles trug die konservative Fraktion im Bundestag mit.

Damit kein Missverständnis entsteht: Die CDU ist keine progressive Partei geworden. Sie betreibt auch seit Merkel eine rassistische, anti-emanzipatorische und klimafeindliche Politik auf dem Rücken der lohnabhängigen Bevölkerung. Sie fährt die Rüstungsausgaben hoch und betreibt die Agenda-Politik weiter. Aber die Schnelllebigkeit und Unübersichtlichkeit des globalisierten und zunehmend digitalisierten Kapitalismus macht es ihr immer schwerer, Stabilität und Autorität zu definieren und auszustrahlen. Wahlkampflogos wie »Keine Experimente« oder »Wohlstand für alle« können die Unionsparteien heute nicht

mehr glaubhaft verwenden. Was genau sollen Konservative eigentlich noch konservieren? Die Versuche, das Konservative heute zu bestimmen, wirken ausgesprochen hilflos. Beim evangelischen Kirchentag 2019 wusste beispielsweise der bayerische Ministerpräsident Markus Söder auf diese Frage nur zu antworten, konservativ zu sein heiße, »das Gute zu bewahren«. Auf einer so vagen Definition lässt sich kein politisches Projekt aufbauen.

Vor diesem Hintergrund setzt die Auseinandersetzung mit der AfD den Unionsparteien zu. Auf der einen Seite wollen Teile der Partei hin zu einer AfD-nahen Union. So ziehen CDU-Politiker\*innen in Sachsen-Anhalt eine Koalition mit der AfD in Betracht. In einer »Denkschrift« wird dort gefordert, »das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen«. Und die »Werteunion«, ein konservativer Flügel der CDU, fordert »Merkel muss weg« und wünscht sich Hans-Georg Maaßen, den abgesetzten Verfassungsschutzpräsidenten, als Innenminister.

Auf der anderen Seite folgen die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und Bundeskanzlerin Angela Merkel den Ratschlägen der

Meinungsforscher\*innen und schließen jede Zusammenarbeit mit der AfD aus. Die CSU wiederum, die ihre sichere absolute Mehrheit in Bayern längst eingebüßt hat, spricht in Bezug auf die AfD inzwischen von »braunem Schmutz« und hofft, diese Partei zu marginalisieren, indem sie sich ihr inhaltlich annähert.

Für die Unionsparteien versprechen diese inneren Widersprüche nichts Gutes. Noch wird die Union von der beliebten Angela Merkel zusammengehalten, aber die wird nicht noch einmal zur Wahl antreten.

Wir leben in politischen Umbruchzeiten, die auch das konservative Lager in einem Ausmaß aufmischen, das vor nicht langer Zeit noch undenkbar schien. Jahrzehntelange, oft generationenübergreifende Parteibindungen haben sich gelöst, nicht zuletzt weil die sogenannten Volksparteien vielen keine glaubhaften Perspektiven mehr bieten. Immer wichtiger wird daher der Kampf um Wechselwähler\*innen und Aktive, die ihre politischen Präferenzen kurzfristig, anhand einzelner, konkreter Themen, Kampagnen und auch persönlicher Eindrücke treffen. ◀



# Ein zentrales LINKES Thema

Im Interview spricht **LORENZ GÖSTA BEUTIN** über den notwendigen Druck der Bewegung, die Rolle der Grünen und echte linke Klimapolitik

## Woran arbeitest du gerade?

Wir haben jetzt den ersten roten Leitfaden für Klimagerechtigkeit verabschiedet, wir machen Klimaschutz zum zentralen Thema. Der Großteil der Fraktion hat verstanden, dass Klimagerechtigkeit auch ein LINKES Thema ist, weil es da im Kern um die soziale Frage geht.

## Hat das gedauert?

Ja klar. Es gab eine Beschränkung der sozialen Frage auf Themen der Arbeitswelt, Fürsorge, Hartz IV – Klimaschutz wurde eher als grünes Thema begriffen. Aber: Es reicht nicht, den Kapitalismus grün anzustreichen, sondern wir müssen an die Wurzeln. Wir sagen, es bringt nichts, alles dem Markt zu überlassen, sondern wir brauchen klare Regelungen, die für alle gelten. Die sich die Gesellschaft gibt und aus der sich nicht Einzelne mit viel Geld rauskaufen können.

## Wie hat sich diese Erkenntnis in der Partei durchgesetzt?

Ich glaube, das ist das zentrale Verdienst der Klimabewegung. Ohne die Proteste in Hambacher Forst, den Dürre-Sommer, ohne »Ende Gelände« und »Fridays for future« wäre das nicht so gewesen. Das ist kein Erkenntnisprozess, der von sich aus entstanden ist, sondern weil es den Druck gab. Und das stützt meine These: Linke Politik, die etwas verändern will, braucht immer den Druck sozialer Bewegungen.

## Das hat auch die gesellschaftliche Diskussion verändert...

Es wird endlich wieder über Alternativen geredet. Der Slogan »System change, not climate change« ist nicht besonders konkret, aber deutet an, dass in unserer Gesellschaft grundsätzlich etwas passieren muss. Die These des Neoliberalismus, dass es keine Alternative gibt, ist tot. Und DIE LINKE tut gut daran, jetzt viel zukunftsorientierter zu diskutieren, wie eine solidarische Gesellschaft in diesen Bereichen aussehen kann.

## Wie kann das aussehen?

Ich weiß nicht, ob es mehr Radikalität braucht. Auf jeden Fall brauchen wir mehr konkrete Vorschläge, wie es funktioniert. Und eine Erzählung, wie wir unsere Gesellschaft grundlegend gesünder, gerechter, friedlicher, menschlicher gestalten. Den alten Konzepten der Bundesregierung müssen wir etwas entgegensetzen. Die kommt mit dem gleichen alten Zeug: mehr Marktwirtschaft; Markt und Technik wird das alles regeln. Das hat nicht funktioniert und wird es auch zukünftig nicht.



Foto: Ende Gelände/Christian Bock

## Wieso reichen die klimapolitischen Forderungen der Grünen nicht aus?

Ein Teil der Grünen will mit der CDU ins Bett. Wer aber mit der CDU koalieren will, kann keine weitreichenden Forderungen im Klimaschutz stellen. Wir sagen, wir müssen auch grundsätzlich die Frage des Eigentums, die Frage der öffentlichen Verfügung stellen. Wir bringen auch das Ordnungsrecht wieder in die Debatte. Da sehen wir dann auch die Punkte, wo wir unseren Kern und unsere Definition über die soziale Frage einbringen können. Das ist eine Lü-

cke in der öffentlichen Diskussion, da wollen wir rein. Und deutlich machen: Das ist ein LINKES Thema!

## Wie läuft die praktische Zusammenarbeit?

Insgesamt funktioniert es im Parlament, weil die Politik der Bundesregierung einfach so schlecht ist. Aber wenn's um die konkreten Alternativen geht, müssen wir linke Aspekte stärker herausstellen und konkrete Vorschläge erarbeiten. Und dem CO<sub>2</sub>-Preis als Ablasshandel einen Riegel vorschieben. Das ist keine Perspektive: Dass diejenigen, die viel Geld haben, nach diesem Klimapaket durch die Erhöhung der Pendlerpauschale mehr Geld haben. So sorgt dieses Klimapaket dafür, dass sozial nochmal unverteilt wird – aber von unten nach oben.

## Das heißt, auf die Grünen ist kein Verlass?

Ein Beispiel: Es gibt einen Deal auf EU-Ebene zwischen Juncker und Trump, mehr Fracking-Gas aus den USA zu importieren. Das ist der Kuhhandel gewesen, damit Trump auf Autozölle verzichtet. Der Import von Fracking-Gas aus den USA ist in diesem Jahr um 300 Prozent angestiegen. Europa wird mit Gas überschwemmt. Und das, obwohl die Klimaziele vorsehen, den Gasverbrauch zu reduzieren. Das gefrackte LNG-Gas ist dreckiger als Braunkohle. Leider haben alle Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung dem im Bundesrat zugestimmt.

## Was kritisierst du noch am Klimapaket?

Zum einen, dass Maßnahmen für energetische Sanierung rausgestrichen wurden. Wenn man die Klimaziele einhalten will, muss das einfach laufen und das geht nur sozial gerecht. Zum anderen: Verkehrsminister Scheuer weigert sich zu erklären, wie er CO<sub>2</sub> einsparen will und redet von Technologie-Offenheit. Die IG Metall hat neulich klar gesagt: Wer jetzt für Technologie-Offenheit eintritt, will keine Verkehrswende. Es ist ein-



Lorenz Gösta Beutin ist klima- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Foto: Alexander Klebe

fach Wahnsinn, was im Verkehrsbe-  
reich abläuft: Die Bahn wird ausge-  
bremst, der öffentliche Nachverkehr  
nicht ausgebaut und der Bundesver-  
kehrswegeplan 2030 sieht sogar ein-  
en Zuwachs von motorisiertem Indi-  
vidualverkehr und LKW-Verkehr vor.  
Wir sagen: Es geht uns nicht nur um  
eine Antriebswende, sondern um eine  
echte Verkehrswende. Also auch  
eine Reduktion des Individualver-  
kehrs.

#### **Das klingt nach einem neuen Schwerpunkt ...**

Ich glaube, Verkehrspolitik wird ein  
ganz zentrales Kampffeld. Weil wir  
eben in Deutschland auch in einem  
automobilen Kapitalismus leben. Au-  
tomobilität ist in älteren Generati-  
onen sehr gefühlsbesetzt. Und das  
schon den Charakter eines Fetisches  
hat: Das Auto als Liebesobjekt.

#### **Wie kann man das ändern?**

Für die meisten jungen Menschen ist  
das ein Gebrauchsgegenstand, wenn  
überhaupt. Gäbe es die Möglichkeit,  
würden viele sicher auf ein Auto ver-  
zichten. Und es ist eine Frage, ob du  
Politik machst, die vorangeht. Die  
Schweiz hat 1987 entschieden, einen  
Großteil der PKW-Steuern in die Ver-  
kehrswende zu stecken und jedes  
Dorf über 100 Einwohner ans Ver-  
kehrnetz angeschlossen. Das heißt,  
wir brauchen auch den Mut zu weit-  
reichenden Entscheidungen.

#### **Wo willst du noch ran?**

An die Eigentumsfrage. Wenn die  
Bundesregierung das umsetzt wie ge-  
plant, wird es keinen Windkraftaus-  
bau an Land mehr geben. Offshore-  
Anlagen gehören in der Regel Groß-  
konzernen. Und die Frage ist nicht,  
absurdere Abstandsregelungen zu  
machen, sondern Akzeptanz zu schaf-  
fen und Bürger\*innen einzubezie-  
hen. Und das dritte wird bezahlbarer  
Wohnraum, und in dem Kontext San-  
ierungen. Wo der Staat durch den  
Privatisierungswahn Gestaltung aus  
der Hand gegeben hat. Wenn die Ge-  
sellschaft die Kontrolle darüber ver-  
liert, was diskutiert und vorange-  
bracht werden müsste, hat sie ein  
Problem. Also es geht auch grund-  
sätzlich darum, neoliberales Denken  
infrage zu stellen.

#### **Öko, Klima, Umverteilung – ein Großstadthema?**

Ich halte das für falsch, dieser Wahr-  
nehmung müssen wir als LINKE  
auch entgegenwirken. Wir sehen in-  
zwischen in vielen Bundesländern  
konkrete Auswirkungen des Klima-  
wandels. Beispielsweise in Branden-  
burg: Die Verödung von Äckern, die  
zu Wüsten werden, weil die frucht-  
bare Schicht abgetragen wird durch  
Wind, Starkregen. Auch in diesem  
Sommer wurde das Grundwasser  
knapp. Dann geht es um Landwirt-  
schaft, Bäuer\*innen werden getrof-

fen. Und gerade beim ÖPNV sieht  
man ganz deutlich: Wenn man die  
Alternativen nicht in die Region be-  
kommt, wird es mit der Verkehrs-  
wende schwierig.

#### **Was erwartet uns im kommen- den Jahr in Sachen Klimage- rechtigkeit?**

Wenn's gut läuft, kommen wir mit  
dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit  
in die Debatte. Die Klimabewegung  
verbündet sich mit den Gewerkschaf-  
ten, die erkannt haben, dass nichts  
an einer gerechten Transformati-  
on vorbeiführt. Sonst werden wir ir-  
gendwann chaotische Zustände ha-  
ben. Und in so einer Situation sind  
es immer soziale Rechte, Rechte von  
Arbeitnehmer\*innen und die Rech-  
te der Schwächsten, die hintenüber  
fallen. Das ist kein Witz, wenn die  
Vereinten Nationen von einer Klima-  
Apartheid warnen. Und sagen: Wenn  
es jetzt so läuft wie es gerade läuft,  
steuern wir auf eine Erwärmung  
von vier bis fünf Grad zu. Die, die  
es sich leisten können, bauen dann  
ihre Mauern und die anderen fliehen  
vor der Klimakrise. Es setzen sich  
die Stärksten und Kapitalmächtigsten  
durch. Das sind die Verhältnisse, die  
wir verhindern müssen. Deswegen  
ist das Thema der gerechten Trans-  
formation so wichtig.

Interview: Nina Rink



# Außerordentlicher Parteitag

16./17. Dezember 1989

Welche Erkenntnis des  
Parteitages ist für DIE LINKE  
heute noch von Bedeutung?  
Alle Beiträge unter:  
[herbst89.die-linke.de](http://herbst89.die-linke.de)



Foto: nd-Archiv

## Der Bruch mit dem Stalinismus als System ist Alltags- aufgabe

**JULIANE NAGEL**

Im Dezember 1989 war ich elf Jahre und gerade vom Jungpionier zum Thälmann-Pionier geworden. In kindlich-flapsiger Manier scherzte ich mit Freund\*innen über das neu verliehene rote Halstuch, als uns eine Frau ansprach: Wir sollen das lassen, sonst be-

kommen wir und unsere Eltern Probleme. Das war wenige Monate vor der politischen Wende, bevor die SED zur PDS wurde und der »Bruch mit dem Stalinismus als System« als Prozess begann. 1999 trat ich, 21-jährig, in die PDS ein. Von Geschichte und Identität der Partei wusste ich wenig. Auf eine pluralistische Partei, die demokratische Kultur lebt und innere Widersprüche produktiv auflöst, traf ich nicht. Sie begegnete mir kulturell piefig, politisch konservativ, das DDR-Erbe gewichtig verwaltend und kritikresistent. Als wenn es Michael Schumanns Rede nicht gegeben hätte. Basisdemokratische Prozesse und

libertär-demokratische Ansätze lernte ich in außerparlamentarischen Zusammenhängen kennen.

Aus dem linXXnet heraus, unserem offenen Büro, Schnittstelle zwischen Partei und linken freiheitlichen Bewegungen, bauten wir einen Teil unserer Partei, der nicht nur politischen Pluralismus und Parteienkritik lebt und fördert, sondern den Bruch mit dem Stalinismus als System aktiv einforderte und einfordert. Auch außerhalb, in Richtung nachwachsender Generationen, die in »roten« Gruppen Hammer und Sichel als Emblem und das Proletariat als Speerspitze der Revolution vor sich hertragen – auch



wenn das Proletariat längst diffundiert und sich Ausbeutungsverhältnisse nicht mehr auf den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital reduzieren lassen. In einer Zeit, in der (ja, bürgerliche) Freiheitsrechte als hohes Gut erkämpft und verteidigt gehören.

Es gibt kein Zurück. Es gibt keine Revolution ohne Mehrheit der Menschen. Der demokratische Sozialismus kann weder durchregiert noch mit Staatsgewalt durchgedrückt werden. Und: Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen kann nicht mit einer Organisation befördert werden, die beides nicht kennt. Das Projekt DIE LINKE steckt wie die SED 1989 in der Krise. Wir müssen uns den Fragen der Zeit stellen, Perspektiven zu wechseln lernen, selbstkritisch und offen sein, neue Wege zu gehen. ◀

## Der seidene Faden, der Besen für Gysi\* und DIE LINKE

VON TANJU TÜGEL

Wer behauptet, die Entwicklung sei gegenwärtig zu schnell und wir würden immer mehr mit Nachrichten und Informationen überschüttet, hat das Jahr 1989 nicht miterlebt. In den letzten drei Monaten des Jahres 1989 erlebte ich ein ständiges Wechselbad von Spannung, Verunsicherung, Hoffnung und Enttäuschung – fast im Minutentakt.

Über den außerordentlichen Parteitag der SED/PDS schrieb Lothar Bisky, die »Chance für eine grundlegende Erneuerung« hing dort »am seidene Faden«. »Aber der hielt«, so Lothar. »Die PDS war geboren.«

Der Außerordentliche Parteitag markierte das Ende der SED und war der »Inaugural-Parteitag« der PDS. Mit ihm wurde ein entscheidender Schritt für eine gesamtdeutsche linke Partei getan, die seit Mitte der 1990er Jah-

re aus der BRD nicht mehr wegzudenken ist.

Aus heutiger Sicht mag es normal sein, dass eine Partei wie DIE LINKE in der Politik eine nicht zu ignorierende Kraft ist und in der internationalen Gemeinschaft linker Parteien eine herausragende Position hat. Keineswegs selbstverständlich: Als der Parteitag 1989 begann, war das Ergebnis völlig offen.

Die Existenz einer linken Partei hat das gesamte Land nachhaltig verändert. Und das war dringend nötig. Es gilt nach wie vor, was Gregor Gysi vor 30 Jahren in seinem Referat auf dem Parteitag sagte: »Aber er (der Kapitalismus, d. A.) verschärft in seiner monopolistischen Gestalt die bestehenden globalen Probleme des Umweltschutzes, der Friedenssicherung und des sozialökonomischen Entwicklungsgefälles.« Das wird fortgeführt, solange der Satz von Marx noch gilt: »Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise.«

Meine Gedanken kann ich so abschließen: Auf den Trümmern der SED entstand die PDS und entwickelte sich zu der Zukunft zugewandten LINKEN. Der seidene Faden vom Dezember 1989 hält noch und ich bin sicher, dass Gregor den großen Besen nie mehr brauchen muss. ◀

*\* Gysi bekam auf dem Parteitag als neuer Vorsitzender einen großen Besen zum großen Säubern machen*

## Ein radikaler Neuanfang

VON GABRIELE ZIMMER

Am 11. November 1989 machte sich die Suhler Parteibasis mit einer Kundgebung Luft und forderte die Erneuerung der Partei. Von da an übernahmen wir in den Betriebsgruppen und der Kreisorganisation das Ruder und wählten »unsere« Delegier-

ten zum Außerordentlichen Parteitag in Berlin. Wir waren aufgebracht, zornig und unerfahren. Die Debatte auf dem Parteitag war heftig, emotional. Die Rede Michael Schumanns zum notwendigen Bruch mit jeglicher Form des Stalinismus, die Entscheidung, sich als Partei des demokratischen Sozialismus zu erneuern, eröffneten eine Chance, die wir nutzen mussten. In Suhl streikten im Januar die Beschäftigten »meines« Betriebes gegen die SED, forderten ihre Auflösung und Enteignung, die Schließung der Bezirkszeitung. Massenhafte Austritte erzwangen einen radikalen Neuanfang. Eine Entschuldigung der Partei gegenüber den Menschen in der Republik reichte nicht. Wir mussten beweisen, wie ernst es uns war. Uns selbst verändern. In einem von Zweifeln, Widersprüchen, Rückschlägen geprägten schmerzhaften Lernprozess. Wir wollten die Erneuerung von einer Partei des »demokratischen Zentralismus« hin zu einer emanzipatorischen Partei, die mit Herrschafts- und Allmachtstrukturen bricht, offen für Bündnisse ist. Einer Partei in Bewegung. Die den Mitgliedern volle Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte gibt, das Fraktionsverbot aufhebt, Arbeits- und Interessengemeinschaften fördert. Und vor allem einer Partei, die Frauen nicht mehr mit einer Alibirolle abspeist, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekennt. Wir haben als PDS viel erreicht, auch wenn uns viele Mitstreiter\*innen verließen. Der Finanzskandal 1990 und Rückschläge bei der Aufarbeitung unserer Geschichte erschütterten mühsam aufgebautes Vertrauen. Es waren aber immer wieder die Partei-Mitglieder, die in den Kommunen, in den Ländern schafften, was viele vorher nicht für möglich hielten: die Veränderung von einer stalinistisch geprägten Apparatestruktur zu einer demokratisch sozialistischen Mitgliederpartei. Erfahrungen, die stärker in die Neugründung der Linkspartei hätten einfließen müssen. ◀

# »Wir sprechen für uns selbst«

**PAZHAREH HEIDARI** und **BELMA BEKOS** sprechen im Interview über das neu gegründete Netzwerk Links\*kanax

## Wieso nennt Ihr euch »Links\*kanax«? Ist Kanake nicht ein rassistisches Schimpfwort?

*Pazhareh:* Wir stehen in der Tradition migrantischer Kämpfe, die es seit 1960 in Deutschland gibt. Damals wurde, das als Schimpfwort genutzte Wort »Kanake«, von migrantischen Aktivist\*innen und Künstler\*innen, wie zum Beispiel von Cem Karaca mit seiner Band »Die Kanaken« 1984 selbst angeeignet und gegen Marginalisierung, Ausschluss und Rassismus wie ein ironischer und treffsicherer Boomerang eingesetzt. Aber auch im Alltag ist der Begriff für Migrant\*innen eine empowernde Selbstbezeichnung. Die migrantischen Kämpfe waren auch immer Arbeitskämpfe und letztendlich auch Klassenkampf.

*Belma:* Die Songs von »Die Kanaken« handelten immer von Rassismus in Deutschland, verbunden mit schlechten Arbeitsbedingungen. Diese Punkte haben sich auch heute nicht geändert und die migrantischen Kämpfe in Deutschland gehen auch kontinuierlich weiter.

*Pazhareh:* In den 1990er- und den 2000er Jahren mit »The Voice«, »Karawane«, »Köxsüs«, »Kanak Attak« oder den Protesten der Geflüchteten seit 2012. Wir verstehen uns in der Tradition all dieser Kämpfe. Wir hätten uns auch »Netzwerk der Migrant\*innen« oder so ähnlich nennen können, wollten uns aber als bewegungsorientierte Linke den aktuellen Kämpfen und ihren Diskursen entsprechend definieren und nicht nach Definition des Innenministeriums, Migrant oder Einwanderer. Unser Name wird Themenfremde wahrscheinlich erstmal provozieren. Kein Wunder, weil unser Name nun mal auch für eine neue politische Kultur innerhalb der Linken steht, und zwar für eine kanakisch-solidarische Politik- und Bewegungskultur. Unser Sound wird allen gut tun, aus dem grauen Korsett der Re-



Foto: privat

gression zu kommen: »Welcome to Kanakistan!«

## Wie hat alles angefangen?

*Pazhareh:* Wir haben schon Ende letzten Jahres angefangen, uns mit einigen anderen Kanax in der Partei zu vernetzen. Im Juni 2019 hatten wir das erste große Treffen, und haben unser Manifest beschlossen. Es ist auch interessant, dass sich danach sogar viele Kanax aus Landesverbänden im Osten gemeldet haben, wo wir keine vermutet hätten! Die vielleicht vereinsamt da sitzen und sich jetzt freuen, dass es ein Netzwerk gibt, das sie anspricht.

*Belma:* Gerade für Leute, die da ir-

gendwo in der Pampa sitzen, ob gewollt oder ungewollt, mit Residenzpflicht oder ohne, ist es eine wichtige Sache, dass wir uns gegenseitig solidarisch beistehen.

## Welche Themen bewegen euch am meisten? Worüber diskutiert ihr?

*Belma:* Der Rechtsruck ist ein wichtiges Thema. Außerdem wollen darüber reden, wie wir eine postmigrantische Gesellschaft organisieren, in der es keinen Rassismus und keine Diskriminierung gibt. Empowerment von Menschen, die davon betroffen sind. Sich selbst zu organisieren und sich auch innerhalb der LINKEN zu

# LINKS\* KANAX

engagieren für eine alternative Gesellschaft, die eine sozialistische ist. Für den Anteil der Migrant\*innen, die es hier in diesem Land gibt, sind immer noch viel zu wenige, auch in der LINKEN, aktiv. Für uns ist das die wichtigste Herausforderung, viele neue junge Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund anzusprechen und für die Partei zu gewinnen.

*Pazhareh:* Was wir auf gar keinen Fall wollen: Die Frage »Migration Ja oder Nein«. Diese unmöglichen Debatten, die die Partei die letzten Jahre geprägt haben, wollen wir gar nicht mehr führen. Unser Parteiprogramm ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Der Antifaschismus, Antirassismus, der Kampf gegen Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus sind Themen, die uns bewegen. Aber selbstverständlich auch Klassenkämpfe. Der Kapitalismus und Rassismus haben ein dialektisches Verhältnis. Sie können nicht getrennt voneinander bekämpft werden. Deswegen sind alle Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, bezahlbaren Wohnraum und so weiter alles Kämpfe, die die migrantisches Bevölkerung sogar am meisten betreffen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, diese Kämpfe zu verbinden und zu unterstützen.

## **Wie kann das klappen, mehr migrantische Menschen zu begeistern?**

*Pazhareh:* Wenn sie einen Ort finden, wo sie auf andere mit ähnlichen Diskriminierungserfahrungen in der Gesellschaft und der politischen Arbeit treffen, sehen sie es als eine Art »safe space«, in dem sie sich trauen, aktiv zu werden. Das bieten wir natürlich an. Und durch die Verbindung zwischen Rassismus und anderen gesellschaftlichen Themen, die wir herstellen.

*Belma:* Manche von uns sind in der Mietenkampagne aktiv, beim NSU-Tribunal oder bei »Aufstehen gegen

Rassismus«. Andere sind in der akademischen Welt zu Hause, was auch wichtig ist. Und es gibt auch diejenigen, die von Neonazis terrorisiert werden. Das sind sehr verschiedene Kreise, verschiedene Menschen und wir versuchen, die Themen zu verbinden, weil es eben zusammen gehört.

## **Welche Forderungen habt ihr an die Partei?**

*Pazhareh:* Gezielt mit Themen mobilisieren, die Migrant\*innen betreffen und die Sprachbarriere sollte auf jeden Fall abgebaut werden! Oft fühlen sich Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen, ausgeschlossen, zum Beispiel auf Sitzungen. Das könnten wir ändern, durch Übersetzungen, oder Empowerment, dass sie sich auch trauen und ernst genommen werden. In dem 44-köpfigen Parteivorstand sind gerade mal zwei Genoss\*innen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, das ist zu wenig. Das sind Dinge, die wir fordern und uns wünschen, dass sich das ändert in der Partei.

*Belma:* Auch auf kommunaler Ebene sollten mehr Kandidat\*innen mit migrantischem Hintergrund aufgestellt werden. Das ist auch wichtig, um mehr Migrant\*innen für die Partei zu begeistern.

*Pazhareh:* Wir sind auch gegen jede Abschiebung. Wir haben Regierungen mit linker Beteiligung und da gibt es Handlungsspielräume, die ausgeschöpft werden können. Weil Abschiebung mit linker Politik nicht zu vereinbaren ist.

*Belma:* Ganz oft gibt es auch Veranstaltungen, auch von der Partei, über Migration oder Rassismus und wenn wir aufs Programm schauen, sind es meistens Weiße, die dort über uns sprechen. Als Problem. Oder Opfer, die von einem Problem – zum Beispiel Rassismus – betroffen sind. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen – wenn Menschen ohne Migrationsgeschichte über Migration und Migrant\*innen

sprechen, kommt man sich vor, als ob man ein Objekt wäre. Und auch, dass Migrant\*innen alle eine Masse wären. Wir sind sehr verschieden, wir haben viele Backgrounds. Das ist wenig einladend für Migrant\*innen. Wir wollen selbst für uns selbst sprechen.

## **Ändert sich da langsam was?**

*Belma:* Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen. Wenn der Studierendenverband der Partei uns zum Beispiel anspricht und fragt: Wie können wir migrantischer werden? Das kommt langsam, ist aber auch dringend notwendig.

*Pazhareh:* Immerhin: wir haben jetzt eine Muslimin als Fraktionsvorsitzende. Das ist schon ein Hammer-Fortschritt! Zu Zeiten, wo die AfD so stark ist, wo die ganze Gesellschaft nach rechts gerückt ist und krasser antimuslimischer Rassismus herrscht, ist das auf jeden Fall ein positives Zeichen. Wir hoffen, dass sie auch unsere Themen aufgreift. Weil sie als Muslimin auch selbst von Rassismus betroffen ist. Und sich dazu auch öffentlich positioniert und äußert. Wir hoffen, dass sie auch hinter unserem Parteiprogramm steht: für Bleiberecht, für offene Grenzen und gegen Rassismus.

## **Wie geht es weiter?**

*Belma:* Am 14. März 2020 findet unsere Konferenz in Berlin statt und am 15. März 2020 haben ein Aktiventreffen, wo wir unsere nächsten Schritte besprechen wollen.

*Pazhareh:* Alle Kanax in und außerhalb der Partei sind herzlich Willkommen, da mitzumachen!

Interview: Nina Rink

KONTAKT

<https://www.linkskanax.de/>



# Erfolgreiche Vernetzung

Eine starke LINKE braucht eine starke Kommunalpolitik – Kommunalkongress 2019 in Nürnberg **VON DER BAG KOMMUNALPOLITIK**

**D**IE LINKE zeichnet vor anderen Parteien unter anderem durch ihre starke kommunale Verankerung aus. Sie wird zuallererst vor Ort als die Kraft wahrgenommen, die sich sowohl um die ganz alltäglichen Sorgen und Probleme der Bürger\*innen kümmert, als auch auf Ebene der Gemeinden und Kreise radikale Forderungen wie etwa der nach Vergesellschaftung öffentlicher Daseinsvorsorge in konkrete politische Forderungen übersetzt. Mehrere tausend Menschen vertreten als LINKE Mandatsträger\*innen in sämtlichen Bundesländern Wähler\*innen in kommunalen Volksvertretungen. Um ihre Vernetzung zu fördern, ihre Arbeit zu unterstützen und diese gemeinsam weiterzuentwickeln, richtet die Partei jährlich einen Kommunalkongress aus.

Der diesjährige Kommunalkongress fand am 1. und 2. November in Nürnberg statt. Die etwa 70 Teilnehmer\*innen trafen sich unter anderem im Nachbarschaftshaus Gostenhof, um sich an beiden Tagen vertieft mit dem Thema Mobilitätswende zu beschäftigen. In intensiver Arbeitsatmosphäre wurde in insgesamt zwölf Workshops diskutiert: zu Mobilität im ländlichen Raum, der Situation von

Beschäftigten im ÖPNV, fahrscheinlosem Nahverkehr und weiteren Themen. Starke Impulsreferate von Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden regten die Kommunalpolitiker\*innen zu engagiertem Austausch an. Gemeinsam wurden Lösungen gegen die ständige Verschlechterung und Ausdünnung des ÖPNV im ländlichen Raum gesucht. Dabei wurde über das Projekt »Muldental in Fahrt« berichtet, mit dem 2017 ein flächendeckendes Regionalbusnetz in Betrieb genommen wurde. Entgegen üblicher Behauptungen neoliberaler Denkweise, dass im ländlichen Raum ein funktionsfähiger ÖPNV nicht finanzierbar sei, wurde der Takt erhöht und die Zahl der Haltestellen ausgebaut. Das gelang nicht zuletzt durch eine Anpassung der Taktzeiten der einzelnen Linien aufeinander.

Der Nürnberger Stadtrat und Oberbürgermeisterkandidat Titus Schüller erläuterte die Situation in Bayern vor der Kommunalwahl 2020. DIE LINKE ist mittlerweile besser im Land verankert, geht mit deutlich mehr Kandidat\*innen in die Wahl als vor sechs Jahren und kann sich Hoffnungen auf einen Stimmenzuwachs machen. Bundesgeschäftsführer

rer Jörg Schindler betonte die Wichtigkeit der Kommunalpolitik für die weitere Verbindung der Partei zu ihren Wähler\*innen und die Bedeutung der Verbindung von radikalen Forderungen und deren pragmatischer Umsetzung.

Ebenfalls im Rahmen des Kommunalkongresses hielt die Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der LINKEN ihre Mitgliederversammlung ab, auf der turnusgemäß ein neuer Sprecher\*innenrat gewählt wurde. Diesem gehören nunmehr 14 Genoss\*innen an. Die auf mehrere hundert Mitglieder gewachsene Bundesarbeitsgemeinschaft will in Zukunft auf Bundesparteitag und in den Gremien der Partei noch stärker die Bedürfnisse und Anliegen der Kommunalpolitiker\*innen einbringen. Die Mitglieder der BAG betonten die Bedeutung der Kommunal-Datenbank und des Kommunalnewsletters der Partei. Besonders die Kommunaldatenbank erweist sich für die Mandatsträger\*innen vor Ort als sehr hilfreich, um von den Erfahrungen der Genoss\*innen in anderen Teilen des Landes unmittelbar profitieren zu können. Die BAG will diese weiterhin pflegen und ausbauen.

Die Teilnehmer\*innen des Kongresses zeigten sich sowohl hinsichtlich der erhaltenen Anregungen für die eigene tägliche kommunalpolitische Arbeit – auch außerhalb der kommunalen Volksvertretungen – als auch mit Blick auf die Vernetzung mit Mitstreiter\*innen aus dem ganzen Land sehr zufrieden. Die kommunalpolitische Familie der LINKEN wächst auch über Landesgrenzen weiter zusammen. Ein starkes Bewusstsein für die Bedeutung linker Kommunalpolitik für die weitere Entwicklung der Partei und die Veränderung zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung, die an der Basis beginnt, wurde auf dem Kommunalkongress der LINKEN in Nürnberg deutlich. ◀

Foto: BAG Kommunalpolitik



# Reichtum statt Discounter

Womit verdienen eigentlich die Reichsten der Reichen ihr Geld? Zum Beispiel mit Billig-Supermärkten, auf die Menschen mit weniger Geld angewiesen sind. **VON SARAH NAGEL**

Das US-Magazin Forbes veröffentlicht regelmäßig eine Liste der Reichsten der Reichen. Auf Platz eins stehen in Deutschland: Beate Heister und Karl Albrecht Junior, die Erben von Aldi Süd. Auf Platz zwei: Dieter Schwarz, Lidl-Erbe. Mit einem geschätzten Vermögen von 41,5

konkurrierende Händler. Und jede politische Entscheidung, die Geld aus der Tasche von Geringverdienenden zieht, macht Discount-Eigentümer potenziell noch reicher. Im Supermarkt wird es persönlich. Kann man sich teureren Käse leisten oder muss es diesmal der sein, der ein bisschen weniger kostet? Kann man sich einfach nach Lust und Laune etwas aus dem Regal nehmen oder muss man bei jedem Artikel rechnen?

Aber es sind nicht nur die Kund\*innen, die zum Reichtum der Eigentümer beitragen, sondern auch die Beschäftigten. Sie leisten täglich schwere Arbeit, müssen schnell sein, oft mehrere Dinge gleichzeitig tun und dabei auch noch geduldig bleiben. Doch die Bezahlung im Supermarkt ist vergleichsweise gering, der Druck hoch. Im Sekundentakt ziehen die Kassierer\*innen die Waren über den Scanner. Ob es tatsächlich vorgegebene Zeiten dafür gibt, wie lange es dauern darf, die Produkte zu scannen, dazu sagen die Unternehmen nichts. Aber vermutlich hat jede\*r schon erlebt, dass kaum so schnell eingepackt werden kann, wie die Waren über das Band wandern. Aldi Süd steht sogar im Ruf, die weltweit schnellste Kasse zu haben. Immerhin: Beide Unternehmen zahlen nach Tarif oder darü-

ber, was in der Branche längst nicht überall der Fall ist. Dass die Beschäftigten sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können, wollen Aldi und Lidl aber offenbar nicht. Bei Aldi Nord wurden zum Beispiel sogenannte Union-Buster eingesetzt, um Betriebsräte zu behindern. Auch bei Lidl wurden bereits Betriebsräte behindert. Der Konzern hat außerdem Mitarbeiter\*innen überwachen lassen, einige Filialen mussten deshalb Bußgelder zahlen.

Milliarden Euro besitzt er so viel Geld wie keine andere Einzelperson im Land. Die Aldi Nord-Erben Theo Albrecht Junior und Familie liegen derzeit auf dem zweiten Platz. Die Discount-Giganten konkurrieren miteinander um Marktanteile. Beide stocken ihr Sortiment auf, bieten mehr Zusatzleistungen an – und eröffnen Filialen im europäischen Ausland und darüber hinaus. Dass sie damit Erfolg haben, hängt auch damit zusammen, dass viele Menschen mit wenig Geld über die Runden kommen müssen. Wenn die Mieten steigen und die Löhne stagnieren, kann immer noch bei den Lebensmitteln gespart werden. Schlechte Zeiten sind also eher gute Zeiten für Discounter. Zu beobachten ist das etwa in Großbritannien. Insgesamt leidet der Einzelhandel auf der Insel, die beiden Konzerne aber werden immer beliebter. Beide wollen in den nächsten Jahren auf 1.000 Filialen kommen. Sie profitieren davon, dass sie billiger sind als



ber, was in der Branche längst nicht überall der Fall ist. Dass die Beschäftigten sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können, wollen Aldi und Lidl aber offenbar nicht. Bei Aldi Nord wurden zum Beispiel sogenannte Union-Buster eingesetzt, um Betriebsräte zu behindern. Auch bei Lidl wurden bereits Betriebsräte behindert. Der Konzern hat außerdem Mitarbeiter\*innen überwachen lassen, einige Filialen mussten deshalb Bußgelder zahlen.

Trotz alledem wird vor allem Aldi gern als Familienunternehmen dargestellt, dessen Gründer durch Sparsamkeit, Effizienz und kluge Ideen wohlhabend wurden. Damit lässt sich ihr gigantischer Reichtum aber, wenn überhaupt, nur zu einem geringen Teil erklären. Dass viele Menschen auf möglichst billige Lebensmittel angewiesen sind, die Beschäftigten nicht viel verdienen und sich nicht organisieren sollen, gehört zur Geschichte dazu. ◀

Sarah Nagel arbeitet im Bereich Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN



# Krieg am Golf? Nicht nochmal

Jede deutsche Beteiligung im Konflikt in der Straße von Hormus ist unakzeptabel

VON TOBIAS PFLÜGER

Am Persischen Golf folgt derzeit eine Krise auf die andere. Zuletzt traf es den iranischen Tanker »Sabiti«. Auf dem Schiff sollen sich Mitte Oktober zwei Explosionen ereignet haben. Das iranische Außenministerium meinte, es sei »gefährliches Abenteuerum«, die Iranische Ölgesellschaft (NIOC) sprach von einer »terroristischen Attacke«, das Schiff sei auf der Fahrt durchs Rote Meer mit Raketen angegriffen worden. Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif machte »eine oder mehrere« Regierungen für den angeblichen Angriff verantwortlich, ohne konkrete Beweise liefern zu können. Denn die Untersuchung läuft noch, wie er selbst bestätigte.

Der mysteriöse Zwischenfall ist nicht der einzige seiner Art. Die Lage am Persischen Golf ist angespannt. Saudi-Arabien und Iran beschuldigen sich gegenseitig, den Terrorismus zu fördern, die Regierung in Riad agitiert gegen das Atomabkommen, da dadurch unter anderem die Sankti-

onen gegen den Iran gelockert wurden. In der Straße von Hormus, einem der wichtigsten Schifffahrtswege der Welt, entlädt sich der Konflikt.

Wie instabil die Lage ist, zeigte sich am 13. Juni 2019, als die bislang größte Krise begann. Damals wurden die Öltanker »Front Altair« und »Kokuka Courageous« im Golf von Oman attackiert. Von wem, ist bis heute nicht bekannt. Die USA und Großbritannien beschuldigten jedoch sofort – und ohne Beweise – den Iran. Die Situation drohte zu eskalieren. Der UN-Sicherheitsrat kam zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Auch US-Präsident Trump und sein Außenminister Pompeo machten den Iran für den Angriff verantwortlich. Das Pentagon schickte daraufhin 1.000 weitere Soldaten in die Region.

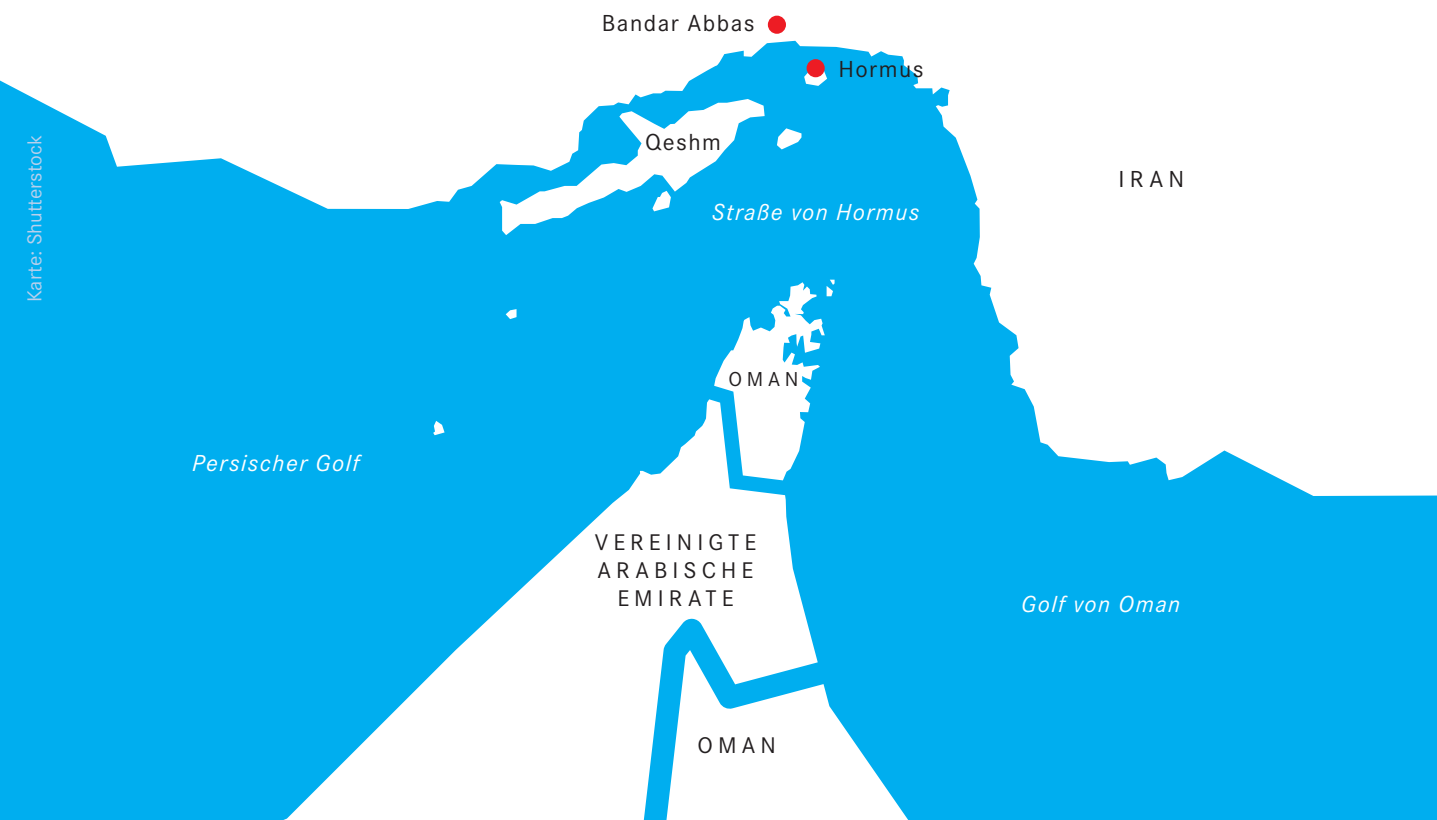
Die Eskalation ging weiter: Ende Juni schoss der Iran eine US-Aufklärungsdrohne vom Typ »RQ-4A Global Hawk« ab. Nach US-Angaben war sie über der Straße von Hormus im Einsatz, nach iranischen Angaben dage-

gen in den iranischen Luftraum eingedrungen. Die USA reagierten mit Cyber-Angriffen auf militärische Systeme des Iran. Ein physischer Militärschlag war angeblich in Vorbereitung, den Donald Trump nach eigenen Angaben abblies, da dabei unverhältnismäßig viele Menschen getötet worden wären.

## Fragile Lage

Doch damit war die Krise keineswegs beendet. Am 4. Juli setzte die britische Regierung vor Gibraltar den iranischen Öltanker »Adrian Darya 1« fest, mit der Begründung, das Schiff würde Öl nach Syrien liefern und damit gegen das EU-Embargo verstoßen. Darauf hielten die iranischen Revolutionsgarden den britischen Tanker »Stena Impero« im Persischen Golf fest, weil er angeblich gegen das Seerecht verstoßen hat.

Jetzt wurde auch in Deutschland diskutiert, Kriegsschiffe in den Persi-







schen Golf zu schicken. »Die Sicherung der internationalen Seeschifffahrt geht uns als drittgrößte Exportnation unmittelbar an«, mahnte der ehemalige SPD-Außenminister Sigmar Gabriel und frischgebackene Vorsitzende der transatlantischen Lobby-Organisation »Atlantik-Brücke«. »Deutschland sollte diese Aufgabe weder an die USA delegieren noch sich einer Beobachtungsmission verweigern, sondern sie gemeinsam mit europäischen Partnern annehmen«, forderte Gabriel.

Inzwischen sind beide Schiffe wieder frei, doch der Vorfall zeigt deutlich, wie fragil die Lage ist, seit US-Präsident Donald Trump das Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt hat. Damit ist ein wichtiger Bestandteil der Rüstungskontrolle im Nahen Osten in akuter Gefahr. Vorschläge zur Lösung der Krise sind Mangelware. Zuletzt hat zwar der britische Premier Boris Johnson ein neues Atomabkommen ins Spiel gebracht. Aber das ist bisher eine reine Absichtserklärung, die schnell wieder vergessen war. Immerhin ein Achtungserfolg war die Pendeldiplomatie, die der französische Präsident Emmanuel Macron bei der UN-Vollversammlung in New York betrieb, als er sich abwechselnd mit Trump und dem iranischen Staatspräsidenten Hassan Rouhani traf. Doch auch das führte bislang zu nichts.

Gleich null war die Reaktion des Westens auf den Plan des iranischen Präsidenten, unter dem Namen »Koalition der Hoffnung« die Schifffahrt im Persischen Golf zu sichern. Kein Wunder, sieht der Plan doch den freien Öl-export aller Länder vor, also ein Ende des Ölembargos gegen Iran. Außerdem sollen sich dem Plan zufolge die Anrainer ohne ausländische Mächte verständigen. Das gefällt der saudischen Monarchie gar nicht, die sich auf das Bündnis mit den USA verlassen kann. Donald Trump war bei seinem Besuch in Saudi-Arabien nicht nur angetan vom Schwertertanz mit den Wüstendiktatoren, sondern auch von den Rüstungskäufen, die Moham-

### Die Friedensbewegung hat völlig recht, wenn sie gegen jegliche Eskalation am Golf mobilisiert.

med bin Salman im März 2018 tätigte.

Und die Bundesregierung ist auch nicht gerade hilfreich. Offiziell spricht sie sich für den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran (JCPOA) aus. Gleichzeitig nutzt sie die Krise am Golf aber, eigene – deutsche und europäische – Großmachtpläne zu forcieren. Anstatt zu deeskalieren, fordern einige Koalitionspolitiker\*innen mitten in der Krise um die festgehaltenen Schiffe, auch die Deutsche Marine zur Sicherung der Handelswege an den Golf zu schicken. Dabei wird ganz offen gesagt, dass es Bundeswehr-Einsätze zur Absicherung von Handelswegen geben soll. Aussagen, für die zu früheren Zeiten noch Bundespräsidenten zurücktreten mussten.

Grundsätzlich gibt es zwei Richtungen: Die einen wollen, dass sich die Deutsche Marine an einer US-geführten Mission beteiligt. Andere bevorzugen dagegen eine eigenständige europäische Mission. So war die Lage an der Straße von Hormus und die Spannungen zwischen USA und Iran ebenfalls Thema, als sich Ende August die EU-Verteidigungsminister\*innen informell in Helsinki trafen. Zu einer Beteiligung an der bereits angelaufenen »Operation Sentinel« der Vereinigten Staaten im Persischen Golf kam es dabei aber nicht. Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer begründete anschließend im ARD-Mittagsmagazin: »Wir wollen auf der einen Seite die Freiheit der Seewege gewähren, aber wir haben auf der anderen Seite ein besonderes diplomatisches Interesse, auch mit Blick auf den Atomvertrag mit dem Iran. Wir müssen bei allem, was wir machen, darauf achten, dass wir die diplomatischen Bemühungen, die wir sehr stark vorantreiben, nicht gefährden.«

Später änderte die Bundesregierung ihren Kurs jedoch. Nach Drohnenangriffen auf saudische Ölanlagen beschuldigte Kanzlerin Angela Merkel zusammen mit Frankreich und Großbritannien den Iran, hinter der Tat zu stecken. Beweise dafür wurden bis heute nicht vorgelegt. Politisch hat sich die Bundesregierung damit auf die Seite Saudi-Arabiens und Donald Trumps geschlagen.

Gleichzeitig nutzt die Bundesregierung und insbesondere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Krise, um die EU zur Militärmacht auszubauen. Kramp-Karrenbauer befürwortete in Washington nach Gesprächen mit ihrem US-Amtskollegen Mark Esper einen europäischen Militäreinsatz in der Straße von Hormus: »Ich habe sehr deutlich gemacht, dass Deutschland bereit ist, sich zu engagieren, allerdings nur in einer europäischen Mission. (...) Wir sind nicht Teil einer Strategie von »maximum pressure« (maximalem Druck).« Also »Nein« zu Trumps Iran-Politik, aber »Ja« zu einer militärischen Sicherung der Rohstoffwege via EU-Strukturen.

Mit einer europäischen Militärpräsenz im Persischen Golf würde die EU und mit ihr Deutschland zumindest ein Stück weit mehr zum Global Player und das unabhängig von den USA – als würde eine weitere Militärmacht am Persischen Golf die Probleme dort lösen. Die Friedensbewegung hat völlig Recht, wenn sie gegen jegliche Eskalation am Golf mobilisiert. Wichtig ist, sich gegen jede deutsche Beteiligung zu wenden. Das schließt logistische Unterstützung ein. Und auch US-Stützpunkte wie Ramstein oder das EUCOM in Stuttgart: Sie dürfen nicht für den nächsten Krieg am Golf genutzt werden: Das jetzt zu sagen, ist ein wichtiges und richtiges Signal. ◀

Tobias Pflüger ist verteidigungspolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag und stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN.

# Eine humanitäre Katastrophe

Die Leidtragenden des völkerrechtswidrigen Angriffs der Türkei sind die Menschen in Rojava  
VON ANITA STAROSTA

Die Nothelfer\*innen der langjährigen medico-Partnerorganisation »Kurdischer Roter Halbmond« sind seit dem 9. Oktober – dem Beginn der Militäroffensive in Nordsyrien – im Dauereinsatz. Dabei wurden sie selbst zum Ziel: Krankenwagen und Erste-Hilfe-Stationen wurden gezielt bombardiert, Gesundheitspersonal von den türkischen Söldnertruppen entführt und ermordet. Was uns zurzeit bleibt, ist die solidarische Unterstützung der Nothilfe, denn der Bedarf ist riesig. Ebenso wichtig: Die Verfolgung der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die öffentliche Verurteilung des Versagens der internationalen Politik, die diesen erneuten Völkerrechtsbruch der Türkei gegenüber den Kurd\*innen nicht verhindert hat.

Ob bei der Rettung der Jezid\*innen oder dem türkischen Einmarsch nach Afrin – in allen Krisensituationen sind die lokalen Nothelfer\*innen im Einsatz. So auch aktuell. Viele internationale NGOs, mit denen der Kurdische Halbmond eng zusammenarbeitet, zogen sich schon in der zweiten Woche des Krieges zurück – zu unsicher die

Folgen der Zwangskooperation der kurdischen Selbstverwaltung mit Assad. Aber auch die Angst vor dem Wiedererstarken des IS und der näher rückenden Kriegsfront waren groß. Der »Kurdische Halbmond« ist jetzt der einzige Nothelfer vor Ort und damit völlig überlastet. Neben den Einsätzen im Kriegsgebiet und der Versorgung der Flüchtlinge gibt es noch sechs reguläre Flüchtlingscamps und etliche informelle Ansiedlungen mit über hunderttausend Binnenvertriebenen aus Syrien. Dazu über zehntausend internationale IS-Anhängerinnen mit ihren Kindern, die ebenfalls vom »Kurdischen Roten Halbmond« medizinisch betreut werden. Besonders in den Camps Ain Issa oder al Hol, wo sich in gesondert gesicherten Sektionen internationale IS-Anhänger\*innen aufhalten, ist die Situation angespannt. Es gab Aufstände und Ausbrüche, die IS-Ideologie lebt hier fort.

Mit medico-Spenden können zurzeit Medikamente zu Behandlung der Flüchtlinge in den Notunterkünften gekauft werden. Viele haben bei der übereilten Flucht ihre Medikamente zurückgelassen oder verloren. Auch

der Ausbau sanitärer Anlagen und des Abwassersystems in 39 Notunterkünften in der Stadt Hasakeh wird vorangetrieben, um die Gesundheitssituation zu verbessern. Tausende Flüchtlinge kommen derzeit in Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden unter. Flüchtlingscamps müssen ausgebaut oder erweitert werden – auch hier wird Unterstützung benötigt. Das Camp Newroz – ursprünglich errichtet für die verfolgten Jezid\*innen aus dem Shengal – wird erweitert. In kompletter Eigenleistung wird ein neues Camp für 30.000 Familien an der Straße von Tel Tamer nach Hasakeh aufgebaut. Denn der Winter kommt und verschlechtert die Situation der Menschen nochmals dramatisch. Der »Kurdische Halbmond« hat an internationale NGOs mit der Bitte um Unterstützung für dieses neue Camp appelliert – bisher sind sie dort alleine.

## Unter Beschuss

Es gab nie eine Waffenruhe. Das Krankenhaus in Tel Tamer – der zentrale Ort für die Erstversorgung der Verletz-





**Etwa 300.000  
Menschen sind derzeit  
auf der Flucht  
und müssen versorgt  
werden.**

Foto: medico international



ten – ist weiterhin von Angriffen bedroht und muss immer wieder evakuiert werden. Uns erreichen Berichte von Krankenwägen, die bei Rettungseinsätzen unter Beschuss geraten. Das Gesundheitspersonal riskiert in den Einsätzen sein Leben.

In der türkischen Besatzungszone machen sich die islamistischen Milizen breit und schaffen Tatsachen. Zivile Einrichtungen werden besetzt, kurdische Namen und Bezeichnungen durch türkische und arabische Schilder ersetzt. So kürzlich geschehen mit dem Krankenhaus in Serê Kaniyê. Mit viel Mühe war es unter kurdischer Selbstverwaltung renoviert und ausgestattet worden. 2013 hatte sich die Al-Nusra-Front im Gebäude verschanzt, durch die Befreiung war es stark beschädigt worden. Die Ärzt\*innen zeigten uns damals stolz die neuen OP-Räume und Krankenzimmer. Eine medizinische Versorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen, unabhängig von finanziellem Status oder Herkunft, war Ziel der neuen Gesundheitspolitik.

Anfang des Jahres warnte medico, gemeinsam mit Intellektuellen, Künstler\*innen und Wissenschaftler\*innen, vor der drohenden Katastrophe. Diese ist nun eingetreten. Knapp 300.000 Menschen sind auf der Flucht und müssen versorgt werden. Ob sie jemals wieder in ihre Heimat zurück können, ist unklar. Ein Leben unter türkischer Besatzung ist vor allem für die Kurd\*innen keine Option. Hinzukommen die Ankündigungen Erdogans, über eine Million syrische Flüchtlinge ansiedeln zu wollen. Diese bewusste demografische Neuordnung durch Vertreibung und ethnische Säuberung wäre ein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Und viele syrische Flüchtlinge fürchten die Präsenz des syrischen Regimes in der Region, vor dem sie aus dem Land geflohen sind.

Mit einer Eroberung Rojavas steht auch der Demokratisierungsprozess der letzten sechs Jahre auf dem Spiel.

Die Selbstverwaltung Nordostsyriens war nie und ist auch heute keine rein kurdische, sondern multiethnisch und multireligiös – mit demokratischen Wahlen und weitreichenden Freiheiten der Bürger\*innen. Die Bemühungen um den Aufbau einer Gesundheitsversorgung sind außerordentlich und kamen auch den hunderttausenden Menschen aus Syrien und dem Irak zugute, die hier Zuflucht gefunden hatten. Im Unterschied zu den anderen Kriegsparteien in Syrien hat sich die Selbstverwaltung Vorwürfen von Menschenrechtsverbrechen gestellt und sich mehrmals bereiterklärt, sich auf internationale Prozesse ihrer Überprüfung einzulassen. Dass all dies nun in Frage steht und das friedliche Zusammenleben in Ro-

java vorerst beendet scheint, hätte verhindert werden können. Wir sind Zeugen eines Desasters internationaler Politik. Die Folgen eines türkischen Einmarsches sind in Afrin bereits sichtbar: ethnische Säuberung, Ansiedlung arabischer Flüchtlinge, freie Hand für islamistische Milizen. Das Versagen der internationalen Gemeinschaft – ob EU oder Vereinte Nationen – in den letzten Wochen charakterisiert eine implodierte Weltordnung, in der die Menschenrechte nicht mehr viel zählen. Leidtragende sind die Menschen in Rojava: Diejenigen, die unter schwierigsten Bedingungen das Zusammenleben in einem multiethnischen, demokratischen Nordsyrien erprobten und die unermüdeten Helfer\*innen, die selbst jetzt Ruhe bewahren und mit unglaublichem Einsatz ihre Arbeit fortsetzen. Ihnen allen muss in diesen Tagen und in den nächsten Wochen unsere Aufmerksamkeit und solidarische Unterstützung gelten. ◀



**Die Nothelfer\*innen  
sind rund um die  
Uhr im Einsatz**

Anita Starosta ist Referentin für Türkei, Syrien und Irak bei medico international. Sie hat Rojava/Nordsyrien zuletzt im April 2019 besucht. Damals hielt sie sich noch an den Orten auf, an denen heute islamistische Milizen wüten.

#### INFO

**medico international** ist eine Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation. Seit über 50 Jahren setzt sie sich für globale Gerechtigkeit und solidarische Hilfe ein. Mehr Infos: [medico.de](http://medico.de)



■ ■ **Berlin.** Am 12. September 2019 hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag ihren neuen Vorstand gewählt. Zusammen mit Dietmar Bartsch wird Amira Mohamed Ali die Fraktion führen. »Wir werden jetzt mit vereinten Kräften die Herausforderungen annehmen, die vor uns liegen«, sagt die neu gewählte Fraktionsvorsitzende in ihrem ersten Pressestatement und betont: »Es ist unsere Aufgabe, vereint zu sein und die Regierung an den Stellen zu stellen, an denen sie gestellt werden muss. Wir es der Regierung nicht weiter durchgehen lassen, dass sie unfähig ist und nicht genug tut für die Belange der großen Mehrheit der Gesellschaft.« Mohamed Ali gewann die Wahl gegen Mitbewerberin Caren Lay mit 36 zu 29 Stimmen, Dietmar Bartsch wurde mit 64 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Die bisherige Vorsitzende Sahra Wagenknecht war nicht mehr angetreten.

■ ■ **Bremen.** Am 9. und 10. November hat DIE LINKE in Bremen ihren 25. Landesparteitag durchgeführt. Die Delegierten stimmten dem Leit Antrag des amtierenden Landesvorstandes mit deutlicher Mehrheit zu, in dem unter anderem ein Mietendeckel nach dem Berliner Modell gefordert wird. »Die Einführung eines Mietendeckels ist großartig und bedeutet einen Paradigmenwechsel«, sagte der ehemalige Landessprecher



Felix Pithan. Weitere Anträge befassten sich mit der Schuldenbremse, Pflege im Krankenhaus, Drogenpolitik und Klimaneutralität. Christoph Spehr und Cornelia Barth werden in den kommenden zwei Jahren den Landesvorstand führen.

■ ■ **Dresden.** DIE LINKE Sachsen hat vom 15. bis 17. November ihren Landesparteitag durchgeführt. Susanne Schaper und Stefan Hartmann wurden an die Spitze des 18-köpfigen Landesvorstands gewählt. Der Jugendverband wird durch Jennifer Trültzsch vertreten. Unter anderem hatten die Delegierten einen Antrag zugestimmt, der den zukünftigen Weg der Partei beschreibt. Mit Blick auf den Ausgang der Landtagswahl heißt es im Beschluss: »Ja, wir haben verstanden – und deshalb

sagen wir ganz klar: Unsere Rolle ist die radikale Alternative zum Bestehenden!«. Die Delegierten beschlossen außerdem die Erarbeitung eines digitalpolitischen Konzepts. Landesvorsitzender Stefan Hartmann sagt dazu: »LINKE Digitalpolitik heißt, dass wir uns nicht von großen Konzernen abhängig machen und die Idee des freien Wissens und des gleichen Zugangs stärken.« Susanne Schaper ergänzt: »Für unsere digitale Infrastruktur muss gelten, was auch im Bereich Gesundheit gilt: Sie gehört in öffentliche Hand und ist nicht dafür da, dass einige wenige Gewinne machen.«

■ ■ **Schleswig-Holstein.** Der Kreisvorsitzende der LINKEN in Dithmarschen, Thomas Palm, und die Landessprecherin der LINKEN in Schleswig Holstein,

Marianne Kolter, sind entsetzt über Schießübungen der Bundeswehr im streng geschützten Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. »Dass die Bundeswehr in einem so geschützten Bereich überhaupt Schießübungen abhält, ist unverantwortlich. Hier wird vorsätzlich das Wattenmeer geschädigt und damit das Weltenerbe der UNESCO riskiert«, kritisiert Marianne Kolter die Schießübungen in der Meldorfer Bucht. »DIE LINKE fordert, dass die Schießübungen im Wattenmeer zum Wohle von Mensch, Tier und Natur sofort beendet werden. Außerdem müssen sowohl Landes- als auch Bundesregierung, dafür Sorge tragen, dass auch künftig keinerlei Schießübungen mehr im Nationalpark stattfinden.«

■ ■ **Thüringen.** DIE LINKE Thüringen hat gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Sechs-Punkte-Plan für eine neue Wohnungspolitik vorgelegt. »Wir wollen ein effektives Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, damit Wohnen für alle Menschen in Thüringen erschwinglich bleibt«, begründet Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion und Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen. In Thüringen werden bis 2030 rund 40.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Damit auch künftig noch bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, müs-

## Unter falscher Flagge

se jetzt gegensteuert werden. »Unser Sechs-Punkte-Plan soll dafür sorgen, die problematischen Entwicklungen zu stoppen und zu einer angemessenen Versorgung mit gutem und bezahlbarem Wohnraum beizutragen«, so Hennig-Wellsov weiter. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem Mindestquoten für sozialen Wohnungsbau, Erhöhung der Bindungsfrist für Sozialwohnungen, eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft und der Mietendeckel.

■ ■ **Nordrhein-Westfalen.** DIE LINKE NRW spricht sich gegen Pläne des NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet aus, das Steinkohlekraftwerk »Datteln IV« doch noch ans Netz zu nehmen. Dies stehe in starkem Widerspruch zu den Klimazielen. »Die Zeiten, in denen neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen, müssen endgültig vorbei sein«, kommentiert Hanno Raussendorf, umwelt- und klimapolitischer Sprecher im Landesvorstand von der LINKEN NRW. »Die ohnehin nicht ausreichende Stilllegungsverpflichtung bis 2022 aus dem Kohlekompromiss würde um ein ganzes Gigawatt verfehlt«, kritisiert Hanno Raussendorf und weiter: »Ich bin entsetzt, wie bereitwillig die Landesregierung ihre Politik hier an den Interessen des Betreibers Uniper ausrichtet. Wieder wird Politik für die Wirtschaft aber gegen die Menschen und das Klima gemacht. Da ist es umso

**K**enia ist ein ostafrikanischer Staat, der sich bei Tierliebhaber\*innen und Sextourist\*innen großer Beliebtheit erfreut. Immer wieder wird Kenia von heftigen politischen Unruhen heimgesucht. Das ist den hiesigen Medien durchaus mal einen Bericht wert, deutlich häufiger findet der Staat jedoch Erwähnung, wenn es um fragwürdige politische Bündnisse geht. Gerade erst haben sich in Brandenburg SPD, CDU und Grüne zu einer Kenia-Koalition zusammengefunden. Da sich die Flagge Kenias aus den Farben Schwarz, Rot und Grün zusammensetzt, muss das Land am Kilimandscharo als unfreiwilliger Namenspatron erhalten. Das verleiht dem drögen Zweckbündnis einen Hauch von Exotik – ist aber Unsinn. Denn als Referenz taugen exotische Flaggen eigentlich nicht. Schließlich kannte und kennt kaum jemand die Fahne Kenias, deren Mitte übrigens ein traditionelles Schild der Masai-Krieger ziert – samt gekreuzter Speere. Rastafaris und Geografie-Nerds wissen sicher, wie die Fahne Jamaikas aussieht, viele Bürger\*innen aber nicht. Trotzdem firmiert das Bündnis von CDU, FDP und Grünen unter diesem Namen, der ganz falsche Assoziationen weckt. Wer nach Schleswig-Holstein fährt, wo ein solches Dreierbündnis an der Macht ist, wird enttäuscht sein: keine Palmen, keine karibischen Strände und viele bleiche Gesichter. Wer sich gar von dem schönen Namen Bahamas-Koalition täuschen lässt, wird eine richtig böse Überraschung erleben. Steht der Inselstaat mit seiner schwarz-blau-gelben Flagge doch für ein Bündnis aus CDU, AfD und FDP. Immerhin bieten sich die Bahamas als Exil-Ort an, sollte eine solche Konstellation auf Bundesebene tatsächlich zusammenkommen. Wenn sich die politische Fragmentierung weiter fortsetzt, wird der Flaggen-Unsinn ohnehin bald ein Ende finden. Denn die meisten Fahnen sind nur zwei- oder dreifarbig.

Fabian Lambeck

**DISPUT** stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

wichtiger, dass die Klimaprotokolle weiter gehen«, erklärt Hanno Raussendorf.

■ ■ **Nordrhein-Westfalen.** Vor 30 Jahren ist die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet worden. Ist der 20. November also ein Tag zum Feiern? »Die UN-Kinderrechtskonvention hat das Leben vieler Kinder weltweit verbessert. Doch selten war in NRW die Kinderarmut so groß wie in den vergangenen Jahren. Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Eigentlich ein Armutszeugnis für ein so reiches Land«, konstatiert Carolin Butterwege, kinderpolitische Sprecherin im Landesvorstand der Partei DIE LINKE in NRW. Das Bildungs- und Teilhabepaket hat die Situation für Kinder, die in Armut leben, in NRW nicht verbessert. Mindestens 85 Prozent der grundsätzlich Leistungsberechtigten profitieren gar nicht davon. Neue Lösungen müssten her, DIE LINKE fordert deshalb die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Kindern ein menschenwürdiges Leben garantiert. Der Besuch und die gesunde Verpflegung sollten in Kitas und Schulen kostenlos sein. »Nach 30 Jahren sollten die Kinderrechte endlich auch für alle Kinder Wirklichkeit werden. Ein erster Schritt wäre auch die längst überfällige Aufnahme ins Grundgesetz und in die nordrheinwestfälische Landesverfassung«, fordert Butterwege anlässlich des Jubiläums.

# Die Debatte geht weiter

Bis 10. Januar 2020 können noch Beiträge eingereicht werden. Das Anmeldeformular ist online und Regionalkonferenzen sind angesetzt

Am 29. Februar und 1. März 2020 wird DIE LINKE eine Konferenz in Kassel ausrichten, um über künftige Herausforderungen und die Strategie der Partei zu diskutieren. Auf der Webseite **strategie.debatte.die-linke.de** werden derzeit schriftliche Beiträge gesammelt, die als Diskussionsgrundlage dienen sollen. Bis zum 10. Januar können Texte eingereicht werden, die in einem Reader zusammengefasst werden. Außerdem ist ein Formular freigeschaltet, über das sich Interessierte zur Teilnahme an der Konferenz anmelden können. Alle Parteimitglieder sind eingeladen, insbesondere die Mitglieder des Parteivorstandes, das Präsidium



des Bundesausschusses, die Mitglieder von Landesregierungen (mit dem Mandat der LINKEN), die Europa- und Bundestagsabgeordneten, alle Fraktionsvorsitzenden auf Landesebene, alle Landes- und Kreisvorsitzenden und Sprecher\*innen von Zusammenschlüssen, Sprecherräte von linksju-

gend [solid] und DIE LINKE. SDS, die Sprecher\*innen des Ältestenrates, hauptamtliche Bürgermeister\*innen sowie Landrät\*innen. Im Vorfeld sind vier Regionalkonferenzen zur Vorbereitung geplant: **Güstrow**, Mecklenburg-Vorpommern, am 18. Januar; **Ulm**, Baden-Württemberg, am 19. Januar; **Bremen**, am 18./19. Januar oder 25./26. Januar (endgültiger Termin wird noch bekannt gegeben); **Frankfurt/Main**, Hessen, am 8. Februar 2020. ◀

Bei Fragen zu den Regionalkonferenzen wendet euch an die Bundesgeschäftsstelle. Anmeldung und Infos zu Konferenz: [strategie.debatte.die-linke.de](https://www.strategie.debatte.die-linke.de)

## Newsletter abonnieren und nichts mehr verpassen!

Du möchtest immer auf dem neuesten Stand der LINKEN sein? Du möchtest keine Kampagne mehr verpassen, immer wissen über welche Themen wir gerade auf Bundes- und Landesebene diskutieren oder welche Aktionen bald anstehen? Dann abonniere unseren wöchentlichen Newsletter!

Er ist der elektronische Mitgliederrundbrief der LINKEN und wird von einer mehrköpfigen Redaktionsgruppe jede Woche für Euch erstellt.

<https://www.die-linke.de/start/newsletter/>

## Telegram

Du möchtest aktuelle Infos von uns direkt auf Dein Smartphone erhalten? Nichts leichter als das, melde Dich einfach für unseren Messenger-Dienst bei Telegram an: **t.me/die\_linke**

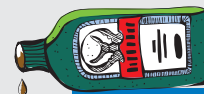
Du hast den Telegram-Messenger nicht auf Deinem Smartphone? Dann schau mal hier: **telegram.org**



**W**ie schön, dass die Reste der Aufbaugeneration der DDR das noch erleben dürfen! Zum Jubiläum der Einheit geben einige Entwicklungshelfer aus Bonn zu: »Es war nicht alles schlecht im Osten!« Das sagt ja auch, dass nicht alles gut war, was sie angeordnet haben. Von 16 Millionen Ostbürgern von 1990 haben zwar nach 30 Jahren Umerziehung nur wenige Chefposten erklommen. Doch deshalb müssen sie sich nicht als »Bürger zweiter Klasse« fühlen. Eines Tages darf vielleicht Frau Merkel als erster Ostmensch eine der 21 früheren Ost-Universitäten leiten! Sofern Ost und West jemals auf Augenhöhe kommen. Sicher ist nur, dass die sozialen Gegensätze weiter wachsen, weil sich Wölfe nur schwer zu Vegetariern erziehen lassen, wenn sie das Revier beherrschen und gefüttert werden. Berlin nannte sich nach 1990 »Werkstatt der Einheit«. Doch jede Umfrage, Sozialstatistik oder Wahl zeigt: Berlin muss weiterwerkeln! Beide Stadthälften waren Schaufenster und Speerspitzen im kalten Krieg zweier Weltsysteme und Militärpakte. Den Beton für die Mauer hatten beide Seiten angerührt. Die Narben der Entfremdung sind geblieben. Drum wurden vom rot-rot-

grünen Senat zehn Millionen Euro für eine »Festwoche« zum Mauerfall investiert: 200 große und kleine Aktionen zwischen Ku'damm und Stasi-Knast. Manche Besucher wurden lahm, andere blau und Fremde irren fragend umher: »Wo war denn die Mauer?«. Doch die Mauern in den Köpfen sieht man nicht. Da muss man gemeinsam reden und zuhören. Die offiziellen Festredner griffen zur alten Formel: Protestbürger plus Auslandshelfer = Mauerfall plus Regimesturz = Frieden und Freiheit! Das ist aber eine Selbsttäuschung. Die Mehrzahl der Ost-Bürgerrechtler wollten keinen Systemwechsel, sondern einen besseren, demokratischen Sozialismus. Die Bonner Helfer in Washington, Moskau, Budapest und Prag mussten die DDR-Regierung und einige internationale Verträge umgehen. Der versehentliche Startschuss zum »Sturm auf die Mauer« kam aus dem Mund des Politbüro-Sprechers Schabowski. Die Berliner Chefs der vier Siegermächte fühlten sich überpumpt und hätten den Notstand ausrufen können. Doch die Mauer fiel ja gar nicht in dieser Nacht! Die bekannten Durchfahrten, die Millionen Reisende seit Jahren nutzten, erlebten einen besonders langen Stau, der mit Gesang und Bananen versüßt wurde. Ein Jahr später war der Einheitsvertrag zusammengeagelt. Keine neue Verfassung. Keine andere Hymne, aber neue Gesetze, andere Ausweise, fremde Ban-

ken und Ämter, vor allem ratlose Arbeitsämter, neue Mietverträge, teure Fahrkarten und 200 Krankenkassen statt einer. Der Einheitsvertrag war ein Annexionsplan zur Heimholung enttäuschter Landsleute. Auch nach 30 Jahren ist wenig zusammengewachsen und vieles im Osten plattgemacht. Kohls »blühende Landschaften« wurden Supermärkte, Reisebüros und Sex-Shops. Aber vom »befreiten« Staatsvolk mussten Millionen als Lohndrucker auswandern, weil die »Treuhand« deren industrielle Basis veruntreute. Weil Alteigentümer die Ellenbogen ausfuhren. Und weil im Osten – bis heute – der Abstand der Löhne und Renten 21 Prozent ist. Ein Drittel zwischen Elbe und Oder fühlt sich dennoch als »Gewinner der Wende«. Der Rest hat gemischte Gefühle und zahlt drauf, vom Zahnarzt bis zur Miete. Und keiner weiß, was morgen kommt. In Deutschland randalieren Rassisten, Antisemiten und Nationalisten. Die Regierung pendelt zwischen Koalitions- und Klimakrise, Pflege- und Bildungskrise, Kinderarmut und Bändigung der Gier der Superreichen. Kein Wunder, dass in der Berliner Festwoche viel Magenbitter getrunken wurde. Systemkrisen machen durstig. Nie gab es mehr Mauern weltweit.



JENS JANSEN

## Einsichten und Aussichten

Illustration: Ale Sund

# NATO-Doppelbeschluss

Vor 40 Jahren läuteten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO in Brüssel eine neue Runde des Kalten Krieges ein **VON RONALD FRIEDMANN**

Im Mai 1972 unterzeichneten Sowjetunion und USA im Ergebnis der seit 1969 geführten SALT-Verhandlungen einen Vertrag über die Begrenzung strategischer Atomwaffen großer Reichweite. Doch die Gespräche über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen blieben ohne greifbares Ergebnis, vor allem, weil die westliche Seite nicht bereit war, auch über französische und britische Atomwaffen zu verhandeln. Zwar konnte Anfang 1976 auf der Ebene der Außenminister ein Kompromiss erzielt werden, doch die Führung der USA lehnte die Einbeziehung der Mittelstreckenwaffen in die Verhandlungen über ein zweites SALT-Abkommen ab. In der Sowjetunion begann man daraufhin mit der Erneuerung des Bestandes an Mittelstreckenwaffen – die jahrzehntealten R-12- und R-14-Raketen wurden schrittweise durch modernere RSD-10-Raketen (im NATO-Jargon SS-20 genannt) ersetzt.

Für den Westen ein willkommener Anlass, vor einer drohenden Störung des militärstrategischen Gleichgewichts in Europa durch die Sowjetunion zu warnen, wobei bei der nun neu aufgemachten Rechnung die französischen und britischen Atomwaffen unberücksichtigt blieben. Insbesondere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) verlangte bereits ab Oktober 1977 von der NATO eine umfassende atomare Aufrüstung, die als »Nachrüstung« ge-

genüber der Öffentlichkeit verharmlost werden sollte. Um die Aufrüstung auch innenpolitisch durchsetzen zu können, sollte die Sowjetunion gleichzeitig zu Abrüstungsverhandlungen aufgefordert werden.

Am 12. Dezember 1979 fassten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO auf einer Tagung in Brüssel diese Position in einem offiziellen Dokument zusammen, das als »Nato-Doppelbeschluss« bekannt wurde: Sollte es innerhalb von vier Jahren kein Verhandlungsergebnis zwischen NATO, beziehungsweise USA und Sowjetunion geben, würde die NATO mit der Stationierung von 108 Pershing-II-Raketen und 464 bodengestützten Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk mit extrem kurzer Vorwarnzeit in Westeuropa beginnen.

In der Sowjetunion wurde dies als unmittelbare Bedrohung aufgefasst, zumal im Januar 1981 mit Ronald Reagan ein besonders lautstarker Kalter Krieger US-Präsident wurde. Beinahe zwangsläufig blieben die von beiden Seiten eher halbherzig geführten Abrüstungsgespräche ergebnislos.

In den westeuropäischen Mitgliedsstaaten der NATO hatte der Doppelbeschluss eine überraschende Wirkung: Es formierte sich innerhalb kurzer Zeit eine bis heute in Zahl und Breite unübertroffene Friedensbewegung. Die Massendemonstrationen jener Zeit sind Legende: 350.000 Men-

schen kamen am 10. Oktober 1981 in den Bonner Hofgarten, an der Friedensdemonstration am 10. Juni 1982 sogar mehr als eine halbe Million. Und am 22. Oktober 1983, während des »Heißen Herbstes«, gingen in der ganzen Bundesrepublik über 1,3 Millionen Menschen auf die Straße.

Die internationale Friedensbewegung lehnte den NATO-Doppelbeschluss grundsätzlich ab, weil es in ihrem Verständnis eben nicht um »Nachrüstung« ging, sondern um die Durchsetzung einer offensiven Atomkriegsstrategie, die vor allem Europa und die beiden deutschen Staaten zum nuklearen Kriegsschauplatz machen würden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Grünen, die sich gerade erst als Partei konstituiert hatten, Anfang der 1980er Jahre vor allem durch ihr friedenspolitisches, weniger durch ihr umweltpolitisches Bekenntnis, zu einer bundesweit akzeptierten parlamentarischen und außerparlamentarischen Kraft wurden. Damals war es noch unvorstellbar, dass die Grünen nur 15 Jahre später – nun als Regierungspartei in einer Koalition mit der SPD – völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen der Bundeswehr zustimmen würden. Auch in der SPD wuchs der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss. Zu den wichtigsten Wortführern der Friedensbewegung innerhalb der Sozialdemokratie gehörte Oskar Lafontaine. Am 22. November 1983 stimmte der neugewählte Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP der Aufstellung der neuen Atomwaffen in Westdeutschland zu. Ab dem 10. Dezember 1983 wurden die ersten Marschflugkörper auf dem Gebiet der Bundesrepublik aufgestellt. Erst mit dem INF-Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA vom Dezember 1987 über den weltweiten Abbau aller atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen wurde der NATO-Doppelbeschluss de facto revidiert. ◀

**Hunderttausende Menschen protestierten gegen den NATO-Doppelbeschluss, wie hier in Bonn 1981. Foto: Wikipedia**





Foto: Little Dream Pictures

■ **Bamboo Stories**

Arbeit ist das Filmsujet des Regisseurs Shaheen Dill-Riaz, und oft genug die von Kindern. Mit brillanten Bildern erzählt er das Leben seiner Protagonist\*innen, die unter schwierigen Verhältnissen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Sei es der siebenjährige Filmvorführer (»The Protectionist«) oder der 13-jährige Handlungsreisende (»The Networker«), die in abgelegenen Orten Bangladeshs, Dill-Riaz' Heimatland, aktiv sind. Richtig bekannt wurde er mit seinem Film »Eisenfresser« über Arbeiter, die Ozeanriesen zerlegen. Für sein neues Werk begleitet er Bambusarbeiter in den Wäldern Bangladeshs. Vom Schlagen des Holzes im Wald, über den Fluss-transport bis zum Markt: Das Kamerateam bleibt immer dabei, verliert auch schon mal einen Teil der Ausrüstung, fällt schlafend ins Wasser und lässt sich von Mücken zerfressen. Das Paradoxon, dass die

Anwesenheit eines Beobachters einer Anordnung die Wirklichkeit verändert, greift hier nicht: Die Natur saugt die Crew sprichwörtlich mit rein in die Szene.

Schöne Bilder entstehen, die irritierende Geschichten erzählen – von privatem und sozialem Leid. Zudem leistet die Untertitelübersetzung Großartiges. Bemerkungen, die sonst bei solchen Projekten gern übergangen werden, sorgen für eine abgründige Lebhaftigkeit. »Ich zieh dir die Ohren lang!«: Das ging an den Elefanten, der dort badet, wo die Flöße lang sollen.

→ **Jetzt im Kino**

■ **Die Wache**

So ziemlich das komplette Gegenteil von dokumentarischem Realismus ist der Film »Die Wache« mit dem tollen Schauspieler Benoît Poelvoorde in der Rolle des Kommissars Buron. Während eines Verhörs verschieben sich die Zeitebenen dergestalt, dass der Polizist während eines vermeintli-

chen Mordes am Tatort erscheint. Gleichzeitig versucht er, den mutmaßlichen Täter Fugain dingfest zu machen. Der wundert sich, dass vor seinen Augen Burons Assistent stirbt. Mag der zentrale Spielort das Büro sein – wenn Fugain Geschichten rund um den Tathergang erzählt, bekommt er schon mal von anderen Personen Besuch in seinem Gehirn.

Eine intelligente Erzählung im Stile eines Film-im-Films, in dem Regisseur Quentin Duieux mit »Zeit« ungefähr das anstellt, was M. C. Escher mit Gebäuden macht: Er führt sie völlig ad absurdum und lässt Treppen vor die Wand laufen. Dass hier eine Amtsstube als Schauplatz dient, dürfte nicht von ungefähr kommen. Bizarres kann in der Bürokratie bestens gedeihen. Und diese hier ist auch noch ein Raum ohne Fenster.

Duieux, eigentlich Musikkünstler, der einst unter dem Pseudonym »Mr. Oizo« die Puppe Flat Eric schuf, sagt, für ihn gebe es in der Kunst nichts Schöneres »als nicht zu denken«. Für seinen Film kann das entweder nicht gelten oder zumindest in erhöhtem Maße, das kann man sich aussuchen. Jedenfalls muss man schon ziemlich wach bleiben. Denn was Wirklichkeit ist und was nicht, steht in diesem Realitätsverschiebebahnhof ausreichend zur Debatte.

→ **Kinostart: 12. Dezember 2019**





EIN TYPISCHER  
SOHN  
HARMLOSER  
DEUTSCHER

GELESEN VON  
INGRID FEIX

SCHILLER-OPER

Die notwendigen Sicherungsmaßnahmen für die denkmalgeschützte Schiller-Oper werden nicht vor Winterbeginn durchgeführt. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hervor. Bereits im Dezember 2018 angekündigt, wurde erst im September 2019 ein Sicherungskonzept von der Behörde vorgelegt. Von Anfang September bis Ende November sei der Eigentümerin Zeit gelassen worden, sich dazu zu äußern. »In diesen fast drei Monaten ist wieder kein Handschlag zur Sicherung der Schiller-Oper erfolgt. Der Senat lässt die Eigentümerin auf Zeit spielen, während die Oper weiter verfällt«, so Sudmann. Interessant sei, dass der Senat Zeit gefunden habe, ein Gutachten zu vergeben, dass die »Umsetzungsmöglichkeiten des Bebauungsplans« prüft. Die Priorität des Senats liege eben nicht auf Erhaltung des Denkmals.

FRAUENPREIS

DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2020 zum zehnten Mal den Clara-Zetkin-Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden. Tag für Tag leisten Frauen Großartiges für ein solidari-

Horst Krügers Buch liest sich wie ein Roman, so stimmungsvoll und literarisch sind Erinnerungen selten. Zum Glück »verzichtet (er) auf die belletristische Tarnung«, wie Kritiker Marcel Reich-Rainicki 1966 bei Erscheinen des Buches schrieb. Nun, zum 100. Geburtstag von Horst Krüger, wurde das Buch neu verlegt, in dem er nach 30 Jahren nach an seinen Heimatort Eichkamp, einer Siedlung im Westteil Berlins, zurückkehrt, um der Frage nachzugehen, wie es unter Hitler war, warum die Deutschen ihn liebten. Krüger schrieb, er wäre gern der Sohn eines Gelehrten oder Arbeiters, von Thälmann oder Thomas Mann gewesen. Aber: »Ich bin ein typischer Sohn jener harmlosen Deutschen, die niemals Nazis waren und ohne die die Nazis doch niemals ihr Werk hätten tun können.« Eine Betrachtung, die sich angesichts aktueller Entwicklungen offenbar nicht erledigt hat.

In seiner Jugend passiert in Eichkamp eigentlich nie etwas, alles geht seinen Gang. Bei genauerem Hinsehen gibt es doch einiges. 1938 nimmt sich die Schwester das Leben, ein Affront für den Beamtenvater und die katholische, »Mein Kampf«-lesende Mutter, der einfach umgedeutet wird. Ein Jahr später wird Krüger verhaftet, weil er als Kurier für eine Gruppe »Nationalbolschewisten« tätig war. Durch seinen Freund Wanja lernte er eine Welt kennen, die »eine Mischung aus russischem Anarchismus und Altberliner Proletariat« war. Als er ihn zwanzig Jahre nach dem Krieg im Osten Berlins als Agitator und Propagandist wiedertrifft, ist nicht mehr viel davon zu spüren. Als Freund des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer war Horst Krüger in den 1960er Jahren Beobachter des ersten Frankfurter Auschwitzprozesses, was ihn zu dieser unbedingt lesenswerten literarischen Erkundung seiner Jugend veranlasste.

Horst Krüger  
**Das zerbrochene Haus**  
Eine Jugend in Deutschland  
Schöffling & Co.  
216 Seiten, 22 Euro



sches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Gewürdigt wird dies oft zu wenig. Der Clara-Zetkin-Preis will auf diese Lücke aufmerksam. Fraueninitiativen oder Projekte können sich für den Frauenpreis selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Noch bis zum 15. Januar 2020 können Vorschläge online unter <http://gleft.de/3kX> eingereicht werden. Die Preisverleihung wird am 6. März 2020 in Berlin stattfinden.

PRESSEFEST 2020

In vielen Landkreisen berichten Ehrenamtler\*innen in Kleinen Zeitungen über Angebote, Aktionen, Akteure und Ausblicke der LINKEN. 54 »Rote Reporter« haben sich in Brandenburg zu einer Arbeitsgemeinschaft (LAG) zusammengeschlossen, um sich unter anderem über eine attraktive Berichterstattung über die Linkspartei in den Regionen auszutauschen. Ein Ziel der LAG für 2020 ist, ihre Zeitungen bei ihrem traditionellen Pressefest im Sommer in Bernau einem noch breiteren Publikum vorzustellen. Das politisch-kulturelle Programm beinhaltet unter anderem Unterhaltung und Information für Jung und Alt mit Polit-Talk, Musik, zahlreichen Info-Ständen, unter anderem von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Cuba Sí und der Zeitung »neues deutschland«, einen Spendenlauf sowie mit journalistisch-methodischen Übungen für die Roten Reporter.

**S**elbst Politiker sprechen oder schreiben von Europa, wenn sie die Europäische Union meinen. Es gibt aber keinen Kompass ohne Osten, mit Ausnahme vielleicht für Trump. Keine Welt, kein Europa ohne Osten. Um sehr persönlich zu werden, keine Geschichte und Kultur Europas, die den Osten und Russland ausgrenzen kann. Dass ohne Russland weder der Krieg in Syrien, der Konflikt mit dem Iran, die Auseinandersetzungen in der Ukraine zu lösen sind, ist vielen inzwischen klar. Oder doch nicht? Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben gerade den Iran aufgefordert, das Atomabkommen einzuhalten. Dass es von Trump gebrochen wurde, kein Wort, dass zu den verbliebenen Vertragspartnern auch Russland gehört, war ihnen offenbar keinen Gedanken wert. Doch ich möchte hier Wolfgang Zellner vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik aus den »Blättern für deutsche und internationale Politik« zitieren, der forderte: »Am erfolgversprechendsten erscheint somit eine Strategie pragmatischer Kooperation.« Das gab es vor sieben, acht Jahren schon einmal in der EU, geblieben ist davon nichts. Mit den durch Trump durchgesetzten und von der EU aufgegriffenen Sanktionen wird nicht nur die wirtschaftliche, sondern mehr noch, die Möglichkeit politischer Zusammenarbeit massiv beschädigt.

Das Thema ist weit, doch ich möchte es einengen. Seit der Bildung 2000 durch Putin und Schröder bin ich Mitglied des Petersburger Dialogs. In der Öffentlichkeit ist zu wenig über dieses Gremium bekannt. Die Medien berichten kaum über die konkrete Arbeit und Ergebnisse, beschreiben die Treffen eher als Show oder betonen Differenzen. Doch die eigentliche Arbeit findet vor allem in den Arbeitsgruppen statt, wo vor allem zu Recht, Kultur, Bildung, Gesundheit oder Jugendaustausch viel für praktische deutsch-russische Zusammenarbeit erreicht worden ist. Mit den Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Krim, Ukraine und den Sanktionen verfinsterte sich der

große Dialog empfindlich. Immer wieder betonen wir, dass es im Petersburger Dialog um die zivilgesellschaftlichen Beziehungen geht. Ich selbst sehe die Rolle der Regierung in Russland gegenüber der Zivilgesellschaft kritisch. Aber es war Frau Merkel, die der deutschen Zivilgesellschaft das Treffen in Sotschi verbot. Die folgende Krise auf der deutschen Seite war dramatisch. Für einen Neuanfang bedurfte es vor allem der katholischen und evangelischen Kirche. Inzwischen finden die Treffen wieder statt. Doch 2018 spitzte sich der Konflikt auf dem 17. Dialog in Moskau wieder heftig zu. In der Arbeitsgruppe Politik sagte der russische Koordinator, Wjatscheslaw Nikonow, nach einem deutschen Beitrag, nun wisse er, warum wir diesmal schwarze Namensschilder trügen: Es sei die Beerdigung des Petersburger Dialogs.

Doch im Juli 2019 zum Dialog in Bonn kam es zu einer anderen, achtungsvollen und konstruktiven Arbeit, sogar in dieser Gruppe, die noch im November erstmalig über eine gemeinsame Position berät, wie es sie in den meisten anderen Arbeitsgruppen schon lange gibt. Die politische Situation zwischen dem Westen und Russland war im Grunde nicht besser geworden. Ich kann es nicht sicher erklären, aber auch andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten eine ähnliche Erklärung. Zum ersten Mal seit 2000 begann das Treffen mit einem Konzert der deutsch-russischen Musik-Akademie junger Musikerinnen und Musikern aus beiden Ländern. Sie spielten Stücke von Michail Glinka, Pjotr Tschaikovsky, Felix Mendelssohn Bartholdy und Wolfgang Amadeus Mozart. Klassische Musiker benötigen Harmonie und Zusammenwirken, und sie führten auch die russischen und deutschen Komponisten zusammen. Es war nach den Erlebnissen der Vorjahre, als ob uns das, was Kunst und Künstler vermochten, auch uns zur Kooperation befähigte. Der Auftakt ermahnte wohl viele auf dem Treffen, nicht hinter dem zurückzubleiben, was uns deutsche, russische und andere internationale Kunst seit Jahrhunderten vormachen kann.



ANDRÉ BRIÉ

## Westen, Süden, Norden ohne Osten?

Foto: DIE LINKE

darin enthaltene Metapher problematisch, denn sie spielt auf den Bereich Krankheit/Gesundheit/Organismus an, der vor allem in der völkischen Ideologie für den ›Volkskörper‹ benutzt wird. Dabei werden politisch missliebige Personen, Ideologien oder Ideen gerne als krankmachend, zersetzend und tödlich für den lebendigen Organismus des ›Volks‹ dargestellt – eine historisch verfestigte Besetzung einer Metapher, die schlecht zu ignorieren ist. Manche meinen auch, dass das Gift auf eine Art Waffe anspielt, die angeblich öfter von Frauen als von Männern benutzt wird – und damit vom eigentlichen Problem, der Männlichkeit, ablenkt.

Der Begriff ›toxic masculinity‹ ist im englischsprachigen Bereich auch in der Populärkultur gut verankert, beispielsweise in der Netflix-Serie *Riverdale*, die nicht sonderlich durch nicht-binäre Geschlechterbilder glänzt, in der der Begriff allerdings immer wieder nebenbei fällt. Im deutschen Sprachraum wiederum überwiegt der Widerstand gegen die Benennung von Männlichkeit als ›toxisch‹. Die Argumente kommen aus unterschiedlichen politischen Richtungen: Feministische Kritik geht der Begriff insofern nicht weit genug, als dass Männlichkeit an sich das Problem ist und eben nicht entgiftet und geheilt werden könne.<sup>9</sup>

In Mainstream-Medien, diversen Youtube-Channels zu verschiedensten Themen und in den unvermeidlichen Kommentarspalten von Tageszeitungen macht der Begriff »toxische Männlichkeit« viele Leute aus zwei Gründen unglaublich wütend: Erstens wollen sie die Unterscheidung zwischen toxischer und Männlichkeit im Allgemeinen ignorieren und sehen Männlichkeit an sich in der Kritik, was offensichtlich sehr provozierend wirkt. Dies wurde etwa bei vielen Reaktionen auf einen Werbespot einer bekannten Rasiermarke deutlich, in dem sexistisches und aggressives Verhalten von Männern kritisiert wurde. Ein großer Teil der Aufschreien fragte daher: »Ja dürfen wir denn keine Männer mehr sein?«.

Zweitens wird in der Mainstreamkritik an diesem Begriff immer wieder die parallele Verwendung von »toxischer Weiblichkeit« eingeklagt.

9 Kim Posster fasst dies im Text »Entgiftungskur fürs Patriarchat. Warum der Begriff der toxischen Männlichkeit zu kurz greift« in der *konkret* 11/2018 zusammen.

Frauen\*rechte und  
Frauen\*hass. Antifeminismus  
und die Ethnisierung von  
Gewalt

Autor\*innenkollektiv Fe.In

Verbrecher Verlag 2019  
Berlin  
Broschur, 200 Seiten, 15 Euro  
ISBN: 9783957324108

